

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Johann Fuchs, Emil Magvas, Manfred Thon

Erste Überlegungen zur künftigen Entwicklung des
Erwerbspersonenpotentials im Gebiet der neuen
Bundesländer

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin
Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB),
90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16,
E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0;
Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30.
Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309.
ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Erste Überlegungen zur künftigen Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials im Gebiet der neuen Bundesländer

Modellrechnungen bis 2010 und Ausblick bis 2030

Johann Fuchs, Emil Magvas, Manfred Thon*

Der vorliegende Beitrag stellt erste Modellrechnungen zur Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials in den neuen Bundesländern für den Zeitraum von 1990 bis 2010 dar.

Dies geschieht auf dem Hintergrund einer höchst unsicheren Datenbasis, so daß die Berechnungen im wesentlichen auf plausiblen Setzungen für die Komponenten der Bevölkerungsentwicklung und das Erwerbsverhalten beruhen. Zentrale Annahmen sind: die Angleichung der Mortalität, der Fertilität und der Erwerbsquoten Ostdeutschlands an die westdeutschen Verhältnisse.

Vorgestellt und diskutiert werden mehrere Varianten für das ostdeutsche Erwerbspersonenpotential, welche die tatsächlich sich einstellende Entwicklung wohl eingrenzen dürften. Grundsätzlich sind auch schnellere oder langsamere Anpassungsprozesse und Abweichungen von den westdeutschen Vorgaben denkbar. Immerhin gibt es ja auch innerhalb der alten Bundesländer beträchtliche regionale Unterschiede.

Die Modellrechnungen sagen für die Zukunft Ostdeutschlands einen z. T. erheblichen Rückgang des Erwerbspersonenpotentials voraus. Nur in den Varianten mit unverändert hohen Erwerbsquoten und einem völlig oder wenigstens langfristig weitgehend ausgeglichenen Wanderungssaldo verläuft dieser Prozeß moderat (etwa 300.000 bis 450.000 Personen weniger). In den anderen Varianten liegt das Erwerbspersonenpotential im Jahr 2010 um über eine Million unter dem des Basisjahres 1990.

Gesondert berücksichtigt wird der in kurz- bis mittelfristiger Sicht potentialmindernde Effekt von Vorruhestand und Altersübergangsgeld auf das Erwerbspersonenpotential in den neuen Bundesländern.

Gliederung

- 1 Einleitung
- 2 Zur Bevölkerungsentwicklung
 - 2.1 Ausgangslage
 - 2.2 Annahmen zu den Komponenten der Bevölkerungsentwicklung
 - 2.3 Ergebnisse
- 3 Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials
 - 3.1 Ausgangslage
 - 3.2 Annahmen zu den Erwerbsquoten
 - 3.3 Ergebnisse der Modellrechnungen für das Potential
 - 3.4 Verminderung des Potentials durch Vorruhestand und Altersübergangsgeld
- 4 Zusammenfassung

Literatur

Anhang

I Einleitung

Im folgenden werden erste Ergebnisse zur Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials in den neuen Bundesländern für den Zeitraum von 1990 bis 2010 wiedergegeben, mit einem Ausblick bis 2030.

Mangels einer aktuellen amtlichen Bevölkerungsprojektion für die ehemalige DDR wurde unter Anlehnung an Annahmen des Statistischen Bundesamtes zur natürlichen Bevölkerungsentwicklung und des IAB zur Wanderungsbewegung zunächst eine Bevölkerungsvorausberechnung vorgenommen. Dieser schlossen sich alternative Schätzungen der nach Alter, Geschlecht und Familienstand untergliederten Erwerbsquoten an. Unter Berücksichtigung des Effekts sozialpolitischer Maßnahmen (Stichwort: Vorruhestand) ergeben sich daraus mehrere alternative Modellrechnungen für das Potential.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß es sich um langfristige Modellrechnungen¹ handelt, die die unter bestimmten Annahmen zu erwartenden Tendenzen angeben, und daß diese Tendenzen nicht die einzelnen Jahreswerte mit all ihren Sondereinflüssen zutreffend vorausschätzen können und sollen.

Eine Unterscheidung nach Deutschen und Ausländern, wie sie in der alten Bundesrepublik üblich ist, wurde für die ehemalige DDR nicht vorgenommen. Außer einigen wenigen Eckdaten fehlt jegliche zugängliche strukturierte Datenbasis für die Ausländer, zudem ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung mit weniger als 1% noch vergleichsweise gering².

* Dr. Johann Fuchs, Dr. Emil Magvas, Manfred Thon sind wissenschaftliche Mitarbeiter im IAB. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung der Autoren.

¹ Die Modellrechnungen basieren auf der Szenariotechnik, nicht aber auf vergangenheitsgestützten Projektionen. Diesen qualitativen Unterschied sollte man bei der Einordnung und Interpretation der Ergebnisse beachten.

² Entsprechend einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 4.12.90 lebten am 1.1.90 in der DDR 191.000 Ausländer, was 1,6% der Bevölkerung ausmachte. Im Verlauf des Jahres 1990 ging diese Anzahl durch Rückführungen von ausländischen Arbeitskräften, die auf der Grundlage von Regierungsabkommen in der DDR tätig waren, deutlich zurück.

2 Zur Bevölkerungsentwicklung

2.1 Ausgangslage

Ende Oktober 1990 lebten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nach einer Mitteilung des Gemeinsamen Statistischen Amtes der neuen Bundesländer 16.134.000 Einwohner. Gegenüber dem Jahresende 1989 waren das etwa 300.000 Personen (- 1,2%) und dem Jahresende 1988 gegenüber rd. 541.000 Personen (- 3,2%) weniger. (Die Bevölkerung nahm in solch kurzer Zeit lediglich für einige Jahre vor dem „Mauerbau“ 1961 ähnlich stark ab).

Die Übersiedlungswelle vornehmlich jüngerer Personen in die Bundesrepublik seit Mitte 1989 beendete eine längere Periode der Konsolidierung des Bevölkerungsbestandes in der ehemaligen DDR. Für diese Periode war ein geringer, in seiner Richtung wechselnder Außenwanderungssaldo und ein tendenziell leichter Geburtenüberschuß charakteristisch. Seit 1989 wird die natürliche Bevölkerungsentwicklung wieder durch einen Geburtenüberschuß bestimmt, der 1990 nach eigener Schätzung die Größenordnung von etwa 40.000 erreichte. Ursache dafür ist, daß die Zahl der Lebendgeborenen als Folge sinkender Geburtenziffern im Gegensatz zu nur geringen Änderungen in den Sterbefällen deutlich zurückgeht.

Für die Bevölkerungsprojektion wurde als Basisbevölkerung zum Jahresende 1990 eine Anzahl von 16.067.000 Einwohnern geschätzt. Das sind gegenüber dem Jahr zuvor 367.000 Personen (- 2,2%) weniger.

Im Altersaufbau der Bevölkerung der ehemaligen DDR zeigt sich im Vergleich zur Bundesrepublik trotz des grundsätzlich anderen gesellschaftlichen Entwicklungsverlaufs in den letzten 45 Jahren doch deutlich die gemeinsame demographische Vergangenheit, die durch Kriege und Nachkriegsperioden in diesem Jahrhundert nachhaltig beeinflußt wurde. Die jüngeren Altersgruppen sind allerdings in der Bevölkerung des neuen Bundesgebietes als Ergebnis der sozialpolitischen Maßnahmen seit Mitte der 70er Jahre deutlich stärker besetzt³. Bei den Älteren zeigen sich die Wirkung der Abwanderungen bis zum August 1961 und die etwas geringere Lebenserwartung in der ehemaligen DDR.

Tabelle 2.1.1 zeigt die unterschiedlichen Altersstrukturen beider Gebiete.

Tabelle 2.1.1: Vergleich der Altersstrukturen der Bevölkerung

Altersgruppe	BRD (1988)	DDR (1989)
unter 6	6,1	7,8
6 – unter 15	8,7	11,6
15 – unter 21	7,9	7,3
21 – unter 40	29,7	29,8
40 – unter 60	26,7	25,2
60 – unter 65	5,5	5,0
65 und älter	15,4	13,3

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR, Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland

von (alter) Bundesrepublik und früherer DDR (in %)

³ Der drastischen Abnahme der Geborenenzahl als Folge der Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs im Jahre 1972 wurde mittels eines ganzen Bündels von sozialpolitischen Maßnahmen mit zeitweiligem Erfolg gegengesteuert. Dazu gehörten u. a. die Erhöhung des Kindergeldes, die Kreditgewährung ohne Rückzahlungspflicht bis zu einer von der Kinderzahl abhängigen Grenze für junge Ehepaare, eine gesetzliche Reduzierung der Arbeitszeit für Frauen mit Kindern, die Möglichkeit der Freistellung der Mutter nach der Geburt (Babyjahr).

⁴ Vgl. hierzu Sommer (1991) und Wendt (1991).

Die für das Erwerbspersonenpotential wichtige Gruppe der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) hat an der Bevölkerung im östlichen Teil Deutschlands einen Anteil von 67,3% und im westlichen von rd. 69,8%.

2.2. Annahmen zu den Komponenten der Bevölkerungsentwicklung

Da eine aktuelle amtliche Bevölkerungsprojektion für die ehemalige DDR noch nicht zur Verfügung stand, wurde ausgehend von dem geschätzten Bevölkerungsbestand zum 31.12.1990 eine Vorausberechnung in drei Varianten bis zum Jahre 2030 vorgenommen. Den Modellrechnungen liegen folgende Annahmen zu den Komponenten der Bevölkerungsentwicklung zugrunde.

2.2.1 Fertilität

In Übereinstimmung mit Annahmen des Statistischen Bundesamtes wurde eine allmähliche Anpassung der Geburtenhäufigkeiten an das Ausgangsniveau im alten Teil des Bundesgebietes, im Konkreten an die Fertilität des Jahres 1989, bis zum Jahre 2000 angesetzt. Die Nettoerproduktionsziffer von 0,75 im Jahre 1989 wurde demzufolge auf 0,65 bis zum Jahre 2000 abgesenkt und von da an konstant gehalten.

Einer noch stärkeren Reduzierung der Geburtenhäufigkeit, wie sie das Statistische Bundesamt in einer weiteren Variante vorsieht (Senkung der Reproduktionsziffer auf 0,52 im Jahre 2000), wurde nicht gefolgt, zum einen aus formalen Gründen, um die Rechnungsvarianten überschaubar zu halten, zum anderen, weil dieser starken Senkung der Fruchtbarkeitsziffer eine geringe Realitätschance beigemessen wurde. Für das Erwerbspersonenpotential haben unterschiedliche Annahmen zum Fertilitätsgeschehen – abgesehen von Auswirkungen auf die Frauenerwerbsneigung – ohnehin erst auf sehr lange Frist eine Bedeutung (ein Effekt würde frühestens in 15 Jahren auftreten, weil dann die jetzt Geborenen in das erwerbsfähige Alter eintreten).

Bei der altersspezifischen Anpassung der Geburtenziffern wurden entsprechend der Tendenzen in der Vergangenheit die größten relativen Abnahmen bei den 17- bis 21jährigen Frauen angenommen. Tabelle 2.2.1 faßt die getroffenen Annahmen zusammen⁴.

Tabelle 2.2.1: Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern 1989 und 2000 in Ostdeutschland – Lebendgeborene je 1000 Frauen -

Alter	1989	2000	Index (1989 = 100)
15 – unter 20	196,0	102,6	52,3
20 – unter 25	667,7	597,4	89,5
25 – unter 30	416,0	389,1	93,5
30 – unter 35	145,0	139,8	96,4
35 – unter 40	40,3	40,3	100,0
40 – unter 45	5,1	5,1	100,0

2.2.2 Sterblichkeit

Auch hierbei wurde dem Ansatz des Statistischen Bundesamtes gefolgt. Ausgehend von den altersspezifischen Sterbeziffern des Jahres 1987 wurde das Sterblichkeitsniveau an das der alten Bundesrepublik in zwei Etappen angeglichen: bis zum Jahre 2010 an das Niveau, das die Bundesre-

publik gegenwärtig (1987) bereits erreicht hat, und bis 2030 an das Niveau, das für die ehemalige Bundesrepublik für das Jahr 2010 prognostiziert wird. Weil die altersspezifischen Sterbeziffern bis auf wenige Ausnahmen in der ehemaligen DDR höher sind und demzufolge die Lebenserwartung niedriger ist als im bisherigen Bundesgebiet, bedeuten diese Annahmen eine steigende Lebenserwartung, was Tabelle 2.2.2 am Beispiel der Lebenserwartung eines Neugeborenen zeigt (vgl. Sommer 1991).

Tabelle 2.2.2: Lebenserwartung eines Neugeborenen in Ost-

Geschlecht	1989	2010 ¹	2030 ²	Zunahme in Jahren	
				1989 – 2010	2010 – 2030
männlich	69,8	72,0	74,2	2,2	2,2
weiblich	76,0	78,7	81,3	2,7	2,6

¹ wie Westdeutschland 1987

² wie Westdeutschland 2010

deutschland – 1989, 2010, 2030

Die für die Bevölkerungsvorausberechnung erforderlichen altersspezifischen Sterbeziffern wurden ebenso wie die Fruchtbarkeitsziffern zwischen den Eckjahren interpoliert. Die in einigen Altersjahren aufgetretenen „Ausreißer“, die auf Zufallseinflüsse zurückzuführen sind, wurden geglättet.

2.2.3 Wanderungen

Wanderungsbewegungen bestimmen mitunter nachhaltiger die Bevölkerung in Anzahl und Struktur als Geburtenentwicklung und Sterbefälle. Viel weniger als bei den Komponenten der natürlichen Bevölkerungsentwicklung lassen sich bei den Wanderungen Ableitungen aus Verläufen der Vergangenheit treffen. Nicht vorhersehbare politische Ereignisse können kurzfristig das Migrationsgeschehen gewaltig beeinflussen. Die Wanderungsannahmen bilden daher ein besonders schwieriges Kapitel jeder Bevölkerungsprojektion. Andererseits kann auf derartige Annahmen nicht verzichtet werden, wenn man auf ein möglichst realistisches Bild der künftigen Bevölkerungsentwicklung Wert legt.

Für die Wanderungssalden wurden in Abstimmung mit den Kurzfristprognosen des IAB für Gesamtdeutschland die in Tabelle 2.2.3 zusammengestellten Annahmen getroffen⁵.

⁵ In der Kurzfristprognose wird mittlerweile mit leicht veränderten Annahmen gearbeitet. Die generellen, langfristigen Tendenzen bleiben davon unberührt. Welchen Effekt alternative Wanderungsannahmen haben können, wird in den Kapiteln 3.3 und 4 diskutiert.

Sie setzen sich aus den Teilaggregaten Binnenwanderung, Aussiedler, Asylbewerber und sonstige Außenwanderung zusammen. Die Annahmen sind eher als eine Untergrenze einzuschätzen auf dem Hintergrund einer ab 1992 allmählich in Gang kommenden positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im neuen Teil des Bundesgebietes bzw. eines allmählichen Ausgleichs des Unterangebots an Arbeitsplätzen – auch durch Pendlerbewegung von Ost nach West.

Tabelle 2.2.3: Wanderungsannahmen für Ostdeutschland – Salden

Zeitraum	kumulierter Wanderungssaldo
1991 – 1995	– 205
1996 – 2000	+ 167
2001 – 2005	+ 155
2006 – 2010	+ 155
1991 – 2010	+ 272

Aus den Annahmen ergibt sich bis 1994 ein Abwanderungsüberschuß mit stark rückläufiger Tendenz, ab 1995 durch Aussiedler, Asylbewerber und eventuell auch Rückwanderer aus Westdeutschland ein Zuwanderungsgewinn, der bis zum Jahre 2010 mit durchschnittlich jährlich 30.000 Personen als konstant angesetzt wurde. Ab 2011 wurde mit einem Wanderungssaldo Null gerechnet. Die globalen Wanderungssalden wurden mittels konstanter Strukturen nach Alter und Geschlecht umgerechnet.

2.3 Ergebnisse

Tabelle 2.3.1 enthält die Ergebnisse dreier Modellrechnungen:

Variante 1: Fertilität und Mortalität konstant wie im Ausgangsjahr 1989/1990, ausgeglichener Wanderungssaldo.

Variante 2: Fertilität und Mortalität wie in 2.2.2 beschrieben abnehmend, ausgeglichener Wanderungssaldo.

Variante 3: Fertilität und Mortalität wie in Variante 2, Wanderungen bis 2010 wie in 2.2.3 beschrieben.

Variante 1 beantwortet die Frage, wie sähe die Bevölkerung in Anzahl und Struktur aus, wenn Geburten und Sterberaten unverändert blieben. Im Vergleich dazu zeigt Variante 2 den Einfluß der angenommenen Änderungen in den Komponenten der natürlichen Bevölkerungsentwicklung. Der Vergleich von Variante 3 und 2 gibt Aufschluß über den Einfluß des Wanderungsgeschehens.

Tabelle 2.3.1: Bevölkerungsvorausschätzung 1990 bis 2030 (in 1000, zum Jahresende)

Jahr	Variante 1	Variante 2	Variante 3	Veränderung zum angegebenen Vorjahr			Index		
				Var. 1	Var. 2	Var. 3	Var. 1	Var. 2	Var. 3
1990	16 067	16 067	16 067	–	–	–	100,0	100,0	100,0
1995	15 842	15 845	15 623	– 225	– 222	– 444	98,6	98,6	97,2
2000	15 574	15 564	15 500	– 268	– 281	– 123	96,9	96,9	96,5
2005	15 320	15 300	15 393	– 254	– 264	– 107	95,4	95,2	95,8
2010	15 026	15 029	15 283	– 294	– 271	– 110	93,5	93,5	95,1
2020	14 116	14 182	14 451	– 910	– 847	– 832	87,9	88,3	89,9
2030	12 968	13 026	13 321	– 1148	– 1156	– 1130	80,7	81,1	82,9

Tabelle 2.3.2: Struktur der Bevölkerung nach arbeitsmarktrelevanten Altersgruppen (Variante 3, in %, im Jahresdurchschnitt)

	Von 100 der Bevölkerung sind			
	im erwerbsfähigen Alter ¹⁾	Insgesamt	bis unter 15 Jahre	65 Jahre u. älter
1990	67,2	32,8	19,5	13,3
1995	68,0	32,0	18,5	13,5
2000	69,4	30,6	16,2	14,4
2005	69,1	30,9	14,3	16,6
2010	68,5	31,5	13,7	17,8
2020	67,1	32,9	13,2	19,7
2030	63,8	36,2	11,3	24,9

¹⁾ Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahre

Tabelle 2.3.3: Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter¹ von 1990 bis 2030 (Variante 3, in 1000, Jahresdurchschnitt)

	Insgesamt	Veränderung zum angegebenen Vorjahr	1990 = 100
1990	11 303	–	100,0
1995	11 142	– 161	98,6
2000	11 389	+ 246	100,8
2005	11 383	– 5	100,7
2010	11 224	– 158	99,3
2020	10 446	– 777	92,4
2030	9 451	– 995	83,6

15 bis 64 Jahre

Tabelle 2.3.1 gibt einen Überblick über die Bevölkerungsentwicklung von 1990 bis 2030 für ausgewählte Eckjahre⁶. Aus dem Vergleich der Varianten 1 und 2 ist ein schwacher Einfluß des natürlichen Bevölkerungsgeschehens offenkundig. Wesentlich stärker wirken sich die Wanderungen aus. Nach Variante 3 ist eine Abnahme der Bevölkerung in der ehemaligen DDR von 1990 bis 2000 um 570.000 Personen (-3,5%) zu erwarten, bis 2010 um weitere 220.000 (-1,4%) und bis 2030 um noch einmal fast 2 Millionen (-12,8%). (Bei der Interpretation sollte aber berücksichtigt werden, daß ab 2011 ein Wanderungssaldo von Null angenommen wurde, folglich Variante 2 und 3 in ihrer Entwicklungstendenz übereinstimmen.)

Von Bedeutung ist auch die große Verschiebung in der Altersstruktur der Bevölkerung zugunsten der Älteren. Niedrige Geburtenraten und sinkende Sterbeziffern engen die Basis der Alterspyramide langfristig immer mehr ein. Diese Tendenz verdeutlicht Tabelle 2.3.2. Z. B. nimmt der Anteil der über 65jährigen an der Gesamtbevölkerung von Jahr zu Jahr zu, zunächst gering, später beschleunigt.

Nach dieser Projektion wären etwa 18% der Bevölkerung im Jahr 2010 65 Jahre oder älter. Gleichzeitig nimmt der Anteil der unter 15jährigen stark ab. Für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (hier 15 bis unter 65 Jahre) heißt

das, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung steigt bis 2000 leicht an, um dann kontinuierlich zurückzugehen.

Die absolute Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter geht von 1990 bis 1995 um rd. 160.000 Personen (-1,4%) zurück, nimmt danach wieder zu und überschreitet im Jahre 2000 um etwa 85.000 den Wert von 1990, um anschließend von Jahr zu Jahr beschleunigt abzunehmen (vgl. Tabelle 2.3.3).

3 Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials

3.1 Ausgangslage

Die Schätzung des (künftigen) Erwerbspersonenpotentials in den neuen Bundesländern stellt Probleme ganz besonderer Art. Das IAB-Potentialkonzept⁷ ist auf das System der Erwerbstätigkeit in der früheren DDR kaum übertragbar. Die Vorausschätzung des Potentials in den neuen Bundesländern kann deshalb auf keinerlei Zeitreihendaten aufbauen.

In der früheren DDR gab es systembedingt keine offene Arbeitslosigkeit. Jeder Arbeitswillige fand im Prinzip eine Beschäftigung. Andererseits entsprach dem verfassungsmäßig garantierten Recht auf Arbeit auch eine gesellschaftlich normierte Pflicht zur Arbeit.

Die (effektiven) Erwerbsquoten waren sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen so hoch, daß die Zahl der Erwerbstätigen nahe an die Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter heranreichte. Das „totale Potential“ (Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) wurde in der früheren DDR zu 86% ausgeschöpft (globale Erwerbsquote), in der alten Bundesrepublik dagegen nur zu 69%.

In der ehemaligen DDR entsprach das Potential deshalb nahezu vollständig der Zahl der Erwerbstätigen, in der alten Bundesrepublik dagegen der Gesamtsumme aus Erwerbstätigen, registrierten Arbeitslosen und Stiller Reserve.

Diese systembedingten Unterschiede zeigen sich auch in den geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten. Der Vergleich der globalen Erwerbsquoten zwischen der früheren Bundesrepublik und der früheren DDR machte die großen Unterschiede in der Nutzung des demographischen Faktors des Arbeitskräfteangebots schon deutlich (vgl. auch Tabelle 3.1.1). Nach dem Geschlecht differenziert wird ein noch größerer Abstand sichtbar. Ist auch der Unterschied bei den Männern nicht sehr hoch, so beträgt er bei den Frauen rd. 25 Prozentpunkte. Die durchschnittliche Erwerbsquote der Frauen in der ehemaligen DDR war damit etwa 1 1/2mal so hoch wie die in der Bundesrepublik

Tabelle 3.1.1: Erwerbsquoten in der alten Bundesrepublik und der früheren DDR (in %)

Gebiet	Männer	Frauen	Insgesamt
ehem. Bundesrepublik ¹ (1989)	82,2	55,9	69,0
ehem. DDR ² (1990)	90,2	81,7	86,0

Alter: 15 bis 64 Jahre; deutsche Bevölkerung in den alten Bundesländern, Gesamtbevölkerung in den neuen Bundesländern (bei einem Ausländeranteil von rund 1 % an der Bevölkerung sind die Erwerbsquoten der ehemaligen DDR mit denen für die deutsche Bevölkerung in Westdeutschland vergleichbar)

¹ Quelle: Mikrozensus April 1989, WiSta 7/1990, S. 455.

² Quelle: Sozio-ökonomisches Panel Juni 1990, DIW-Wochenbericht 49/90, S. 682.

⁶ Die Anhangstabelle AO enthält die vollständigen Ergebnisse für den gesamten Zeitraum, und zwar für die jahresdurchschnittliche Bevölkerung.

⁷ Vgl. dazu Klauder/Kühlewind (1980), Brinkmann/Klauder/Reyher/Thon (1987).

und erreichte damit fast die Quote der Männer in der alten Bundesrepublik.

In der Übergangsphase von einer sozialistischen Planwirtschaft zu einer sozialen Marktwirtschaft, in der sich Wirtschaft und Gesellschaft der neuen Bundesländer gegenwärtig befinden, entsteht jetzt neben einer registrierten Arbeitslosigkeit auch eine Stille Reserve. Erste, noch unvollständige Einsichten in den Prozeß der veränderten Erwerbsituation in den neuen Bundesländern gewähren zwei Stichprobenbefragungen: das Sozio-ökonomische Panel (Juni 1990)⁸ und der im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführte Arbeitsmarkt-Monitor für die neuen Bundesländer im November 1990⁹. Aufgrund der Fragestellungen in diesen beiden Erhebungen läßt sich auch die Beschäftigungslage der Befragten vor einem Jahr, vor der politischen Wende 1989, rekonstruieren. Zusätzliche Aufschlüsse über die Erwerbsituation im neuen Teil des Bundesgebietes werden die weiteren Befragungswellen des Arbeitsmarkt-Monitors und der Mikrozensus, der erstmals im April 1991 durchgeführt wurde, dessen arbeitsmarktrelevante Daten aber erst 1992 zu erwarten sind, bringen.

Zusammen mit der Berufstätigenerhebung vom 30. September 1989 der ehemaligen staatlichen Zentralverwaltung

Arbeitsvermögen“ liefern der Arbeitsmarkt-Monitor und das Sozio-ökonomische Panel genügend Daten, um damit eine Ausgangsbasis für eine längerfristige Vorausschätzung zu erstellen.

Ende September 1989 gab es nach der Berufstätigenerhebung 8,5 Millionen Berufstätige. Hinzuzuzählen sind die auf ca. 700.000 geschätzten im sog. X-Bereich Tätigen, 338.000 Lehrlinge und 210.000 Frauen im Mütterjahr. Dies ergibt insgesamt etwa 9,8 Millionen Erwerbspersonen, was man als eine Näherung für das vor der Wende aktivierte Potential ansehen könnte.

Der Arbeitsmarkt-Monitor erbrachte für den November 1990 unter Einschluß der gemeldeten Arbeitslosen (551.000) und der nicht beim Arbeitsamt gemeldeten Arbeitslosen (116.000) eine Zahl von 9 Millionen 15- bis 64jährige Erwerbspersonen, zu der noch etwa 200.000 nichterwerbstätige Arbeitsuchende (ohne gemeldete Arbeitslose), die nicht den Status Schüler oder Student haben, gezählt werden können. Man vergleiche hierzu Tabelle 3.1.2. Zusammen ergibt das ein Potential von 9,2 Millionen Erwerbspersonen (ohne über 64jährige).

Der Rückgang von 9,8 Millionen im September 1989 auf 9,2 Millionen im November 1990 erscheint nicht unplausibel zu sein, wenn man die grundlegenden Umbrüche in der Arbeitsmarktlanschaft der ehemaligen DDR einschließlich der massiven Abwanderungen in die alten Bundesländer im Verlauf des einen Jahres in Betracht zieht.

⁸ Vgl. Schulz (1990a)

⁹ Vgl. für Infratest Sozialforschung, Bielenski, von Rosenblatt (1991)

Tabelle 3.1.2: Schätzung der Erwerbspersonen Ostdeutschlands für 1989/90 – 1000 Personen -

	Erwerbspersonen ¹ September 1989 (15–74 J.)			Arbeitsmarkt-Monitor ²					
	Insgesamt	männlich	weiblich	November 1989 (15–63 J.)			November 1990 (15–64 J.)		
Erwerbstätige/ Berufstätige	9 245	4 819	4 426	8 556	4 501	4 056	7 723	4 196	3 526
Lehrlinge	338	201	137	318	189	129	314	196	119
Frauen im Mütterjahr	210	–	210	212	–	212	238	–	238
Wehrpflichtige/ Zivildienstleistende	–	–	–	134	133	1	80	80	–
beim Arbeitsamt gemeldete Arbeits- lose	–	–	–	–	–	–	551	–	–
beim Arbeitsamt nicht gemeldete Arbeitslose	–	–	–	–	–	–	116	–	–
Erwerbspersonen zusammen	9 793	5 020	4 773	9 220	4 823	4 398	9 022	–	–
außerdem nicht- erwerbstätige Arbeit- suchende (ohne ge- meldete Arbeits- lose) ³	–	–	–	–	–	–	280	–	–
Erwerbstätige über 65 Jahre (geschätzt)	150	–	–	–	–	–	–	–	–

¹ Eigene Schätzung auf der Basis der Beschäftigterhebung zum 30. 9. 1989, einschl. geschätzte Zahl der Beschäftigten im X-Bereich (700 Tsd., darunter 250 Tsd. Frauen). Frauen im Mütterjahr und Wehrpflichtige wurden vom Arbeitsmarkt-Monitor übernommen.

² Quelle: Infratest Sozialforschung, Arbeitsmarkt Monitor für die neuen Bundesländer im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit, Umfrage 11/90, Berichtsband S. 70, Tabellen I, 6

³ Es handelt sich hierbei um eine sehr heterogen zusammengesetzte Personengruppe, die z. T. zur Stillen Reserve zu rechnen ist: 23% der 280 Tsd. Personen sind Schüler/Studenten, 16% Rentner, 14% wegen Mütterjahr gestellte Frauen, 12% Hausfrauen, 7% Wehrpflichtige, 17% nicht gemeldete Arbeitslose, 6% befinden sich in Fortbildung/Umschulung. Schätzungsweise können 200 Tsd. zur Stillen Reserve gezählt werden.

Die Abnahme des Potentials setzt sich im wesentlichen aus vier Komponenten zusammen:

- Abwanderung von Erwerbstätigen in die Bundesrepublik von Oktober 1989 bis Oktober 1990: geschätzt 290.000
- Beendigung der Erwerbstätigkeit von ehemals berufstätigen Altersrentnern (am 30.09.1989 waren 280.000 Altersrentner noch berufstätig): geschätzt 230.000
- Übergang in den Vorruhestand¹⁰ bis Oktober 1990: 300.000
- Rückwanderung ausländischer Arbeitskräfte: geschätzt 40.000

Diese Positionen machen zusammen etwa 860.000 Erwerbstätige aus, die aus dem Erwerbspersonenbestand von 9,8 Millionen im September 1989 im Laufe der Zeit bis November 1990 ausgeschieden sind. Nach dieser Rechnung ergibt das für den November 1990 8.940.000 Personen. Berücksichtigt man die Unscharfen bei der Schätzung der Einzelpositionen und den Stichtageffekt, so erscheint die Abweichung um rd. 260.000 vom Arbeitsmarkt-Monitor durchaus im Rahmen des Vertretbaren zu liegen¹¹.

Für 1990 wurde das Potential bestimmt, indem von Erwerbsquoten ausgegangen wurde, die mittels des Sozio-ökonomischen Panels für den Juni 1990 – strukturiert nach Alter, Geschlecht und Familienstand – gewonnen wurden. Diese Quoten werden als ausreichend zuverlässige Schätzung des Erwerbsverhaltens betrachtet. Diese „Potentialquoten“ und die jahresdurchschnittliche Bevölkerung (im Alter von 15 bis unter 75 Jahren) ergeben ein Potential von 9,6 Millionen Erwerbspersonen.

Hierzu kann folgende Gegenrechnung anhand amtlicher Zahlen angestellt werden:

Jahresdurchschnitt 1990	
Erwerbstätige lt. Stat. Bundesamt	8.923.000
registrierte Arbeitslose	240.000
Vorruhestands-, Altersübergangsfälle	<u>195.000</u>
	9.358.000

¹⁰ Langfristig handelt es sich bei den in den Vorruhestand Eingetretenen um einen Teil der Stillen Reserve, auch wenn die konkret Betroffenen selbst bei günstiger Arbeitsmarktlage nur zu einem geringen Teil wieder eine Arbeit aufnehmen würden. Aber man kann unterstellen, daß die nachrückenden Alterskohorten bei verbesserter Arbeitsmarktsituation ihre Berufstätigkeit fortsetzen werden, wenn sie die Altersgrenze für den Vorruhestand/Altersübergangsgeld erreicht haben. Die Vorruhestandsregelung, d. h. die Möglichkeit mit Vollendung des 55. Lebensjahres (Frauen) bzw. 60. Lebensjahres (Männer) ein Vorrentengeld zu beziehen, wurde im Februar 1990 eingeführt und im Oktober durch eine Altersübergangsgeldregelung ersetzt, die das Mindestalter für die Inanspruchnahme beider Geschlechter auf 57 Jahre festsetzt. Seit 1.7.91 wurde das Eintrittsalter für die Altersübergangsgeldregelung auf das 55. Lebensjahr herabgesetzt. Die Regelung gilt derzeit befristet bis zum 31.12.1991 (vgl. Kapitel 3.4)

¹¹ Außerdem ist zu berücksichtigen, daß von etwa 170.000 neu ins erwerbsfähige Alter aufgerückten Jugendlichen (1989 14jährig) ein Teil, ca. 70.000, potentialwirksam wird, und daß der Monitor die über 64jährigen außer acht läßt (ca. 150.000).

¹² Die in den Modellrechnungen angenommene Geschwindigkeit, mit der die Anpassung an das westdeutsche Erwerbsverhalten erfolgt, ist ein wichtiger Aspekt der künftigen Erwerbsquoten in Ostdeutschland. Sie differiert bei Männern, verheirateten und nichtverheirateten Frauen. Dies deshalb, weil sich die relativ kleinen Unterschiede bei den Männern und den nichtverheirateten Frauen in den Ausgangswerten von „Ostquoten“ und „Westquoten“ wahrscheinlich leichter nivellieren als die größeren bei den verheirateten Frauen, denn die das Erwerbsverhalten determinierenden Rahmenbedingungen werden sich bei geringen Unterschieden schneller verwischen als bei großen Abweichungen. Zudem ist es bei kleinen Differenzen in den Erwerbsquoten relativ unerheblich, wie lange der Anpassungsprozeß dauert, denn in den Quantitäten macht sich das kaum bemerkbar. Bei großen Unterschieden spielt die Länge des Anpassungszeitraumes hingegen auch quantitativ eine Rolle.

Die unterschiedlichen Ansätze kommen zwar zu verschiedenen Ergebnissen, doch liegen die Schätzungen für das globale Potential recht nahe beieinander. Die Jahresdurchschnitte sind – entwicklungsgerecht – höher als der Stichtagswert im November 1990 und niedriger als der vom September 1989. Bezüglich der Abweichung der beiden Jahresdurchschnitte ist zu bedenken, daß in einem Fall der globale Wert additiv aus den nach Alter und Geschlecht strukturierten Erwerbsquoten und Bevölkerungszahlen errechnet wird, im anderen Fall werden mehrere (amtliche) Aggregate (Erwerbstätige, Arbeitslose, Vorruheständler) zusammengefaßt. Letzterem ist – schon aus allgemeinen statistischen Überlegungen heraus – eine größere Genauigkeit beizumessen. Mit dem im weiteren angenommenen globalen Niveau von 9,4 Millionen für das jahresdurchschnittliche Potential 1990 – als Ausgangsbasis für die Fortschreibung – wird dieser Einschätzung Rechnung getragen.

3.2 Annahmen zu den Erwerbsquoten

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die statistische Datenbasis für die Aufhellung des Erwerbsverhaltens im neuen Teil des Bundesgebietes sehr schmal ist. Insbesondere ist es nicht möglich, die Erwerbsquoten aus Vergangenheitsdaten zu schätzen. Bei den folgenden Annahmen zu den Erwerbsquoten handelt es sich demzufolge um einen ersten groben Orientierungsrahmen, der im Laufe der Zeit durch statistische Schätzungen ausgefüllt bzw. ersetzt werden muß. Derzeit dominieren Plausibilitätsüberlegungen für die Entwicklung der Erwerbsquoten in den neuen Bundesländern.

Ausgangspunkt der Annahmen zu den Potentialerwerbsquoten bilden Ergebnisse des Sozio-ökonomischen Panels vom Juni 1990 (Schulz 1990c, DIW 1990). Nur diese Stichprobenbefragung liefert Quoten in der erforderlichen Tiefenstrukturierung. Neben den verschiedenen Kategorien des Erwerbsstatus wie Erwerbstätigkeit, Berufsausbildung, Mütterjahr, Wehrdienst, sind die Erwerbspersonen in 5er-Altersgruppen vom 15. bis 69. Lebensjahr (die Gruppe der 70- bis 74jährigen wurde dazugeschätzt) und die weiblichen zusätzlich nach dem Familienstand gegliedert, wobei nur zwischen verheiratet und nichtverheiratet unterschieden wird.

Es werden im einzelnen folgende Annahmen¹² getroffen:

a) *Männer*: Es wird eine rasche Angleichung an die Potentialerwerbsquoten der bisherigen Bundesrepublik unterstellt. Diese sei 1995 abgeschlossen. Die weiteren Veränderungen verlaufen von da an wie in der Projektion für Westdeutschland.

Das bedeutet nach Altersgruppen:

- In der Altersgruppe der 15- bis 29jährigen nehmen die Erwerbsquoten als Folge höherer Bildungsbeteiligung ab. Man geht sicher nicht fehl in der Annahme, daß die Angleichung der Bildungsverhältnisse, des Bildungsverhaltens und der Bildungsbeteiligung der Jugendlichen der ehemaligen DDR an die der Altbundesrepublik sehr rasch erfolgen wird.

- In den mittleren Altersgruppen vom 30. bis 54. Lebensjahr haben die Quoten ihre (fast) maximale obere Grenze erreicht und sind in etwa so hoch wie im alten Bundesgebiet, wo eine merkliche Veränderung auf absehbare Zeit bisher nicht prognostiziert wird. In diesem Altersbereich

werden sich also die „Potentialerwerbsquoten“ der ehemaligen DDR fast nicht ändern.

- In der Altersgruppe der 55- bis 64jährigen nehmen die Quoten zunächst deutlich ab, und zwar als Reaktion auf veränderte rechtliche Bedingungen zur Beendigung der Berufstätigkeit (steigende Frühinvaliditätsquoten auf westdeutsches Niveau aufgrund besserer rechtlicher Möglichkeiten, Ruhestandsgrenzen). Wieviele von denen, die jetzt wegen schlechter Arbeitsmarktlage aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden sind bzw. noch ausscheiden, und bei besseren Bedingungen wieder dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, kann heute noch nicht abgeschätzt werden. Eine Rückkehr der Quoten auf das alte Niveau dürfte aber ausgeschlossen sein, solange sich die Arbeitsmarktlage nicht wesentlich verbessert.

- Die Erwerbsquoten der Altersrentner ab dem 65. Lebensjahr reduzieren sich deutlich. Die im Vergleich zu Westdeutschland hohe Erwerbsbeteiligung der Altersrentner hatte verschiedene Gründe: geringes Rentenniveau, gesetzlich eingeräumte Möglichkeit zur Teilzeitarbeit, scheinbarer Arbeitskräftemangel, aber auch sozialkommunikative Bedürfnisse nach Weiterarbeit im Rentenalter u. a. Einiges davon entfällt künftig, so daß eine Angleichung an westdeutsche Erwerbsquoten für wahrscheinlich gehalten wird.

b) Nichtverheiratete Frauen: Angenommen wird, daß sich die Erwerbsquoten an die der bisherigen Bundesrepublik bis zum Jahr 2000 angleichen. Das bedeutet zunächst eine tendenzielle Abnahme in allen Altersgruppen, besonders stark in den unteren und oberen als Folge einer ebenfalls höheren Bildungsbeteiligung bzw. abnehmender Erwerbstätigkeit bei den Altersrentnerinnen. Ab 2000 entwickeln sich die Erwerbsquoten wie im westlichen Teil der Bundesrepublik. (Dadurch nähern sich die Erwerbsquoten der nichtverheirateten Frauen stark an die der Männer an.)

Anzumerken ist, daß die Erwerbsquoten der nichtverheirateten Frauen im alten Teil der Bundesrepublik inzwischen recht hoch sind, als Ergebnis einer Tendenz zur wachsenden Erwerbsbeteiligung. Diese wird für die Zukunft fortgeschrieben, so daß die Abnahme der Erwerbsbeteiligung nichtverheirateter Frauen in den neuen Bundesländern moderat ausfällt.

c) Verheiratete Frauen: Die größten Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung west- und ostdeutscher Frauen lagen bei den verheirateten Frauen vor. Die im Laufe der Jahre in der ehemaligen DDR aufgebauten Wertvorstellungen von der Frau als Berufstätige, Mutter und Hausfrau bedurfte eines bestimmten sozialen Bedingungsgefüges: hoher gesellschaftspolitischer Stellenwert, genügend Frauenarbeitsplätze, genügend Plätze zur Kinderbetreuung, niedriges Familieneinkommen, Berufsausbildung auch für alle weiblichen Jugendlichen usw. Dieses Bedingungsgefüge bricht bzw. brach auseinander. Das grundlegend veränderte Umfeld der Erwerbstätigkeit – nicht nur für die Frauen, sondern auch für die Männer – wird nunmehr über kurz oder lang auch die Einstellungen der Frauen zur Erwerbstätigkeit beeinflussen und ihr Erwerbsverhalten an das westdeutsche angleichen. Allerdings sind auch umgekehrte Einflüsse denkbar. Zudem muß man Beharrungstendenzen bei den in dem Bedingungsgefüge aufgewachsenen Frauen berücksichtigen, welche dazu führen können, daß erst neue Generationen den Wandel tragen. Ein weiterer Aspekt ist der Einkommensrückstand, der die Erwerbsneigung erhöht.

Es ist daher nicht anzunehmen, daß die Erwerbsquoten in den neuen Bundesländern auf das jetzige westdeutsche Niveau zurückgehen. Vielmehr werden sich wohl steigende westdeutsche und sinkende ostdeutsche Quoten allmählich einander annähern. Um diesen Prozeß zu erfassen, wurden zwei Varianten entwickelt.

Eine Variante geht von einer schnellen Anpassung bis 2000 aus, die andere von einer langsameren bis 2010. Die Angleichung erfolgt jeweils an die westdeutschen Quoten des Zieljahres, mit der Vorgabe einer raschen Annäherung in den ersten Jahren – und zwar bis 1995 – und schließlich einer nur noch allmählichen in den restlichen Jahren bis 2000 bzw. 2010. Nach 2000 bzw. 2010 wird ein Gleichlauf der Erwerbsquoten in ganz Deutschland unterstellt.

Die Angleichung wurde jeweils für die oberen und unteren Varianten der westdeutschen Quoten berechnet. Somit liegen für die Modellrechnung 4 Varianten mit variablen Erwerbsquoten und eine mit konstanten Quoten vor. Die Anhangstabelle AI stellt alle Annahmen zu den Erwerbsquoten zusammen.

Wie auch aus dem Anhang hervorgeht, dürfte die schnelle, bereits im Jahre 2000 abgeschlossene Angleichung an westdeutsche Verhältnisse eine eher unwahrscheinliche Untergrenze bilden. Folgte der Anpassungsprozeß diesem Szenario, würde dies eine Überreaktion der ostdeutschen Erwerbsquoten (der verheirateten Frauen) implizieren. Nach dem starken Rückgang bis 2000 stiegen die Quoten – z. T. nicht unerheblich – wieder an, um schließlich im Jahr 2010 auf westdeutsches Niveau zu gelangen. Deshalb werden diese Varianten hier im Text nicht weiter dargestellt.

Für ausgewählte Jahre bilden die Grafiken 3.2.1 bis 3.2.4 den Verlauf der Potentialerwerbsquoten ab. Man erkennt in Abbildung 3.2.1 den leichten Rückgang bei den Männern bis 2000 und den darauffolgenden leichten Anstieg. Wie wenig sich die Erwerbsquoten der nichtverheirateten Frauen verändern, zeigt Abbildung 3.2.2. Die beiden nächsten Abbildungen zeigen die altersspezifischen Erwerbsquoten der verheirateten Frauen. Insbesondere in den mittleren Altersgruppen ist der angenommene starke Rückgang der Erwerbsquoten deutlich sichtbar. Daneben wirkt sich – gewissermaßen als Niveaueffekt – der Unterschied von oberer und unterer Variante der westdeutschen Quoten aus.

3.3 Ergebnisse der Modellrechnungen für das Potential

Die 3 Ergebnisvarianten der Bevölkerungsprojektion ergeben mit den verschiedenen Varianten der Erwerbsquoten formal eine Vielzahl verschiedener Modellrechnungen zum Potential an Erwerbspersonen. Nicht alle Rechenvarianten sind in gleicher Weise sinnvoll und haben die gleiche Realitätsnähe. Kriterium für die Auswahl ist ihre Eignung für die Beantwortung der folgenden Fragestellungen:

- Welchen Einfluß hat die natürliche Bevölkerungsbewegung auf das Potential?
- Welchen Einfluß hat die Wanderungsbewegung?
- Welchen Einfluß hat die sich ändernde Erwerbsbeteiligung?

Zum Nachweis der genannten Einflüsse lassen sich folgende Varianten bilden:

- Natürliche Bevölkerungsentwicklung ohne Wanderung und konstante Erwerbsquoten entsprechend dem Ausgangsjahr 1990 (Variante 1). Daraus läßt sich der Einfluß

Abbildung 3.2.1.: Annahmen für die Potentialerwerbsquoten in den neuen Bundesländern – 1990, 2000, 2010

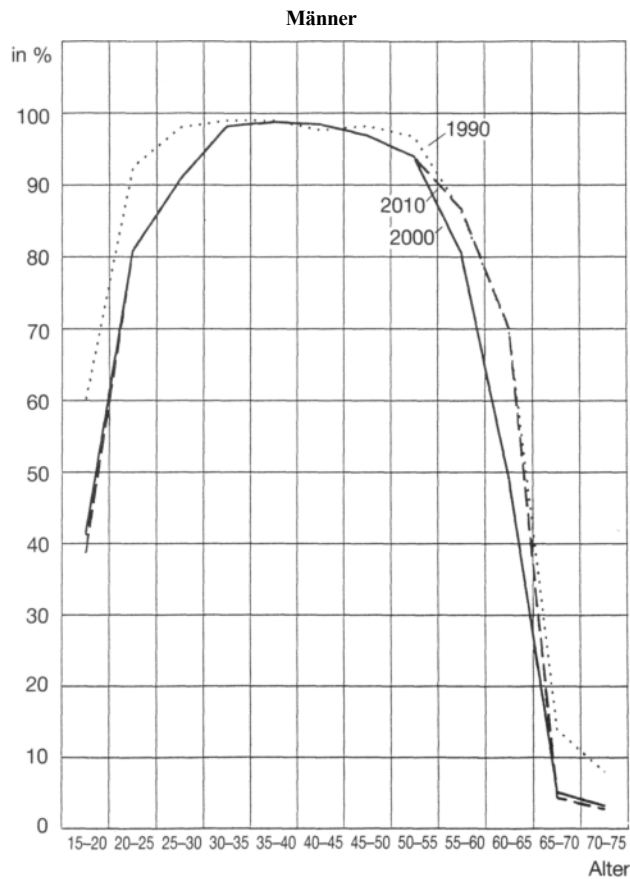


Abbildung 3.2.3.: Annahmen für die Potentialerwerbsquoten in den neuen Bundesländern – 1990, 2000, 2010

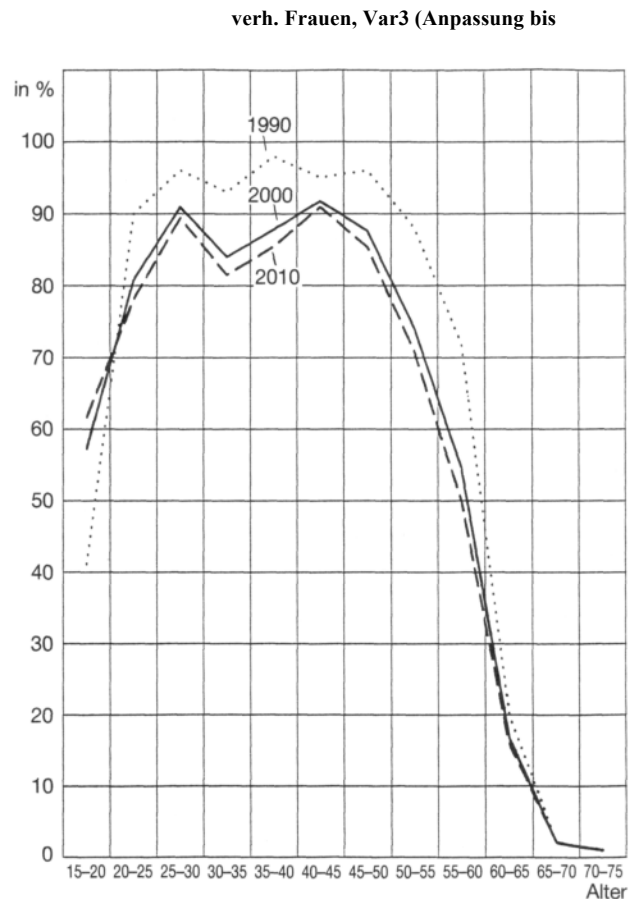


Abbildung 3.2.2.: Annahmen für die Potentialerwerbsquoten in den neuen Bundesländern – 1990, 2000, 2010

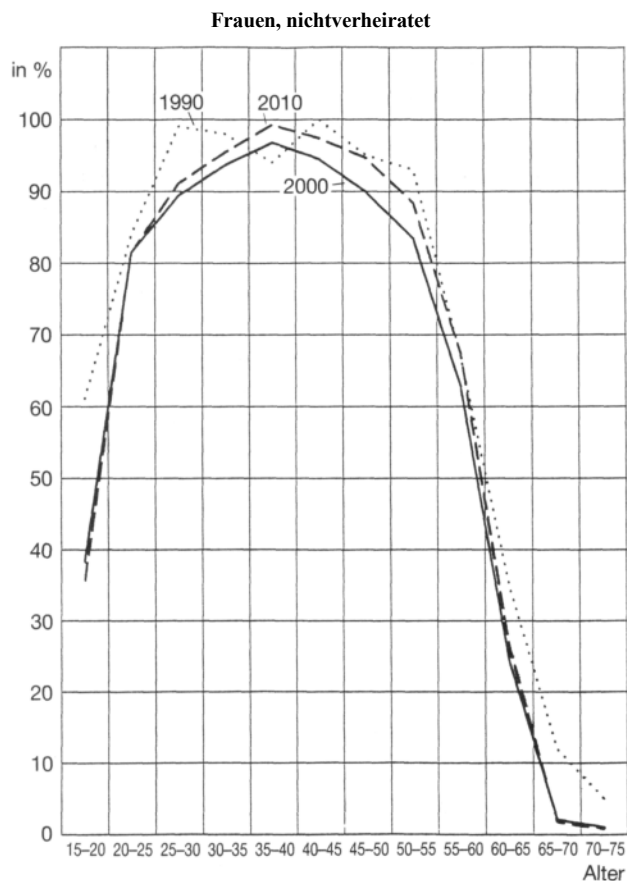
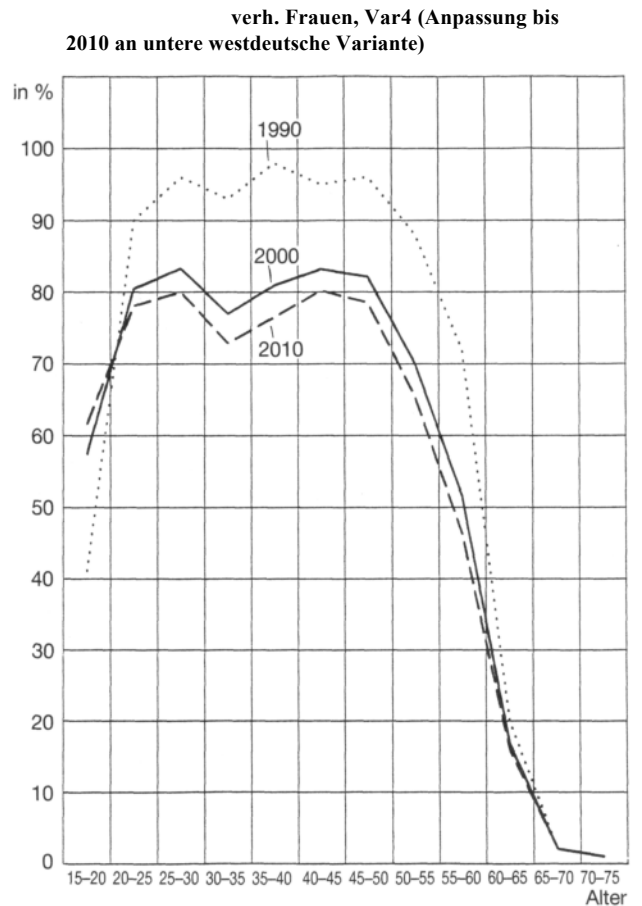


Abbildung 3.2.4.: Annahmen für die Potentialerwerbsquoten in den neuen Bundesländern – 1990, 2000, 2010



der natürlichen demographischen Komponente, d. h. der Veränderung der Bevölkerung in Anzahl, Alter und Geschlecht auf das Erwerbspersonenpotential nachweisen.

- Natürliche Bevölkerungsentwicklung und Wanderungen sowie konstante Erwerbsquoten (Variante 2). Durch die Differenzbildung zwischen dieser und der Variante 1 kann der Einfluß der Wanderungsbewegung (Wanderungskomponente) auf das Erwerbspersonenpotential isoliert werden.

- Natürliche Bevölkerungsentwicklung und Wanderungen sowie Erwerbsquoten bei langsamer Angleichung der Erwerbsbeteiligung der verheirateten Frauen an das obere westdeutsche Niveau (Variante 3).

- Natürliche Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsbewegung sowie Erwerbsquoten bei langsamer Angleichung der Erwerbsbeteiligung der verheirateten Frauen an das untere westdeutsche Niveau (Variante 4).

Diese Varianten decken ein weites Spektrum möglicher Entwicklungen ab. Detailliert werden die Ergebnisse im Anhang, Tabellen A2 und A3, dargestellt¹³. Im weiteren werden die wichtigsten Resultate kurz diskutiert.

Wie sich das gesamte Erwerbspersonenpotential in den neuen Bundesländern von 1990 bis 2030 entwickelt, zeigt

¹³ Nachrichtlich werden im Anhang auch Ergebnisse für zwei Varianten mit (schneller) Anpassung der Erwerbsquoten verheirateter Frauen bis 2000 an die obere bzw. untere westdeutsche Variante angegeben. Im Text werden diese beiden Varianten 5 und 6 nicht mehr dargestellt, denn – wie bereits ausgeführt wurde – der schnelle Anpassungsprozeß führt zu wenig realistischen Ergebnissen.

Bei konstanten Erwerbsquoten wirken sich nur die demographischen Veränderungen aus. Man sieht an den beiden oberen Kurven (Varianten 1 und 2), daß sich in diesem Fall das Potential bis 2010 auf einem Niveau von etwas mehr als 9 Millionen hält. Erst danach setzt ein drastischer Rückgang ein, der ausschließlich auf die natürlichen Komponenten der Bevölkerungsentwicklung zurückzuführen ist.

Die mittlerweile für 1991 weitgehend vorliegenden Arbeitsmarktdaten zu Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit, Vorruhestand/Altersübergangsgeld und FuU ergeben in der Summe einen Schätzwert von über 9,1 Millionen Personen. Dieser additiv ermittelte Wert stellt gewissermaßen eine Untergrenze für das effektive Erwerbspersonenpotential dar. Er liegt deutlich über den Schätzwerten der Variante 3 und 4 (mit Anpassung der Erwerbsquoten) für 1991 und genauso deutlich unter dem Wert der Variante 2 (konstante Erwerbsquoten).

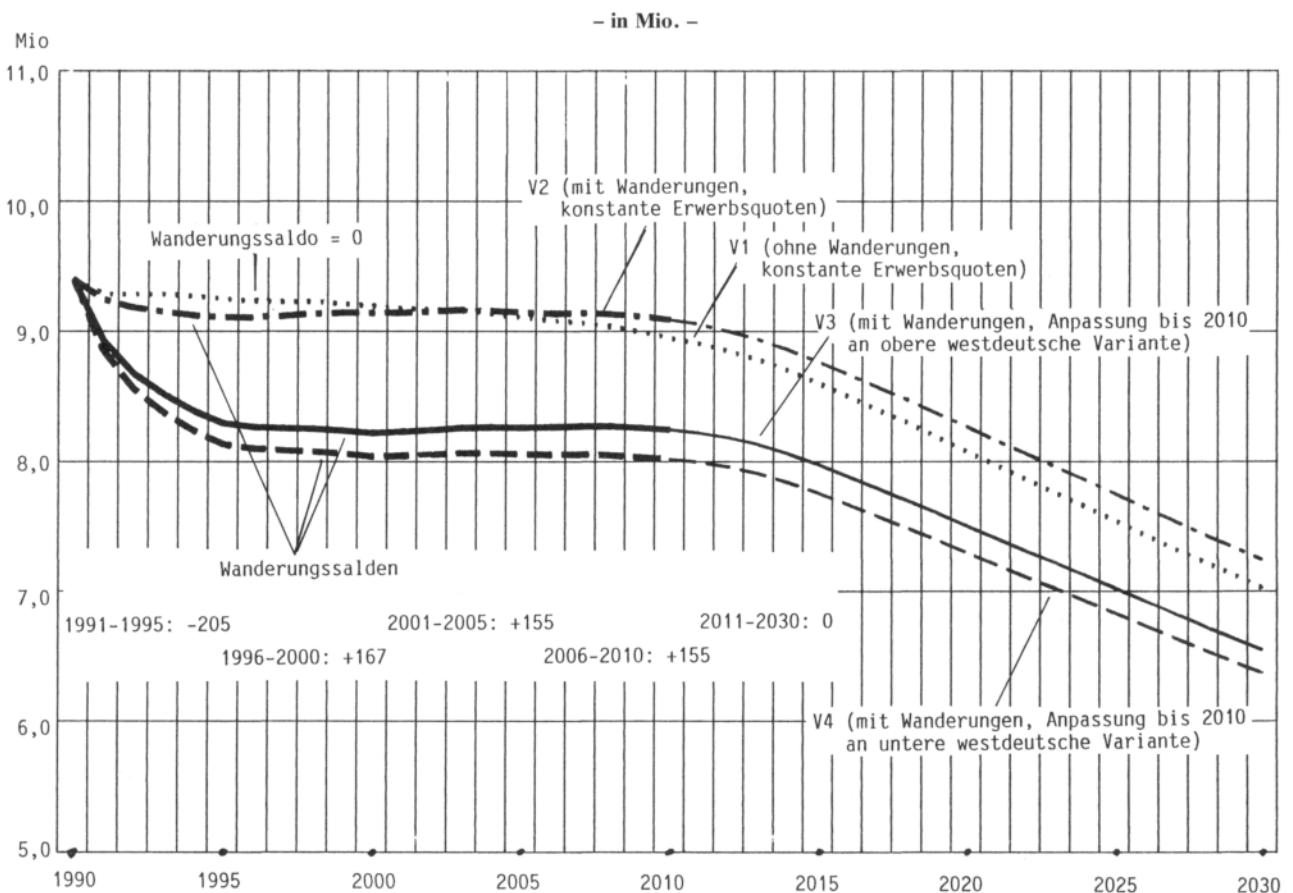
Dies läßt folgende Interpretationen zu:

(1) Der derzeitige effektive Wert liegt unter dem des aufgrund der langfristigen Entwicklung zu erwartenden. Dies spräche für eine langsamere Anpassung der Frauenerwerbsquoten als angenommen.

(2) Die in Kap. 3.1 ausführlich erläuterte schwierige Schätzung des Basiswertes 1990 aus (vorläufigen) amtlichen Statistiken weist mit fast 9,4 Millionen zu wenige Erwerbspersonen aus. Gewisse Hinweise liefert dafür der um 200.000 Personen höhere Stichprobenwert aus dem Sozioökonomischen Panel.

Es ist heute noch nicht beurteilbar, ob es sich dabei um eine grundsätzlich langsamere Anpassungsgeschwindigkeit

Abbildung 3.3.1.: Entwicklung des globalen Erwerbspersonenpotentials der neuen Bundesländer im Variantenvergleich



oder um eine mehr kurzfristige Verzögerung der langfristig angenommenen Angleichung an westdeutsche Verhältnisse handelt. (Zum Verhältnis Kurz- und Langfristprognostik vgl. den Hinweis in der Einleitung).

Aus dem Abstand der Kurven von Variante 1 und 2 ist sofort der Wanderungseinfluß erkennbar, insbesondere auch, wie sich die für die zweite Hälfte dieses Jahrzehnts angenommene Umkehr der Wanderungsströme auswirkt.

Bei der langsamen Angleichung der Quoten nimmt das Potential zuerst stark ab und verbleibt von 1995 an auf ungefähr demselben Niveau bis 2010. Hier gleichen sich demographische Einflüsse und nur noch langsam sinkende Quoten im Effekt aus.

Ob die Angleichung an die obere oder untere Variante der westdeutschen Quoten erfolgt, führt zu keinen Unterschieden im Verlauf, hingegen zu relativ geringen Niveauunterschieden.

Die Wirkung der verschiedenen Einflußfaktoren läßt sich aber besser aufdecken, wenn man die kumulierten jährlichen Veränderungen betrachtet. In Tabelle 3.3.1 sind diese aufgespalten in den natürlichen demographischen Einfluß, den Wanderungseffekt und den Verhaltenseffekt.

Tabelle 3.3.1: Komponenten der Veränderung des globalen Potentials – kumulierte absolute Veränderung, in 1000 –

Zeitraum	Komponenten			
	natürlicher demograph. Einfluß	Wanderungseinfluß	Verhaltenseinfluß (Veränderung der Erwerbsquoten)	
			obere Variante	untere Variante
1990 bis	V1	V2	V3	V4
1995	– 150	– 142	– 813	– 975
2000	– 206	– 51	– 924	– 1104
2005	– 294	+ 40	– 885	– 1089
2010	– 452	+ 141	– 844	– 1073
2020	– 1321	+ 192	– 764	– 971
2030	– 2375	+ 219	– 697	– 876

Variante 1: ohne Wanderungen, konstante Erwerbsquoten 1990

Variante 2: mit Wanderungen, konstante Erwerbsquoten 1990

Variante 3: mit Wanderungen, Anpassung bis 2010 an obere westdeutsche Variante

Variante 4: mit Wanderungen, Anpassung bis 2010 an untere westdeutsche Variante

Spalte 1: kumulierte Veränderung von Variante 1

Spalte 2: kumulierte Veränderungen Var2 minus Var1

Spalten 3-4: kumulierte Veränderungen Var3 bzw. Var4 minus Var2

Spalte 1 der Tabelle zeigt, wie sich das Potential veränderte, wenn nur die natürliche demographische Komponente, also Geburten und Sterbefälle, wirken würden. Bis 2010 wäre demnach ein Rückgang um ca. 450.000 Personen zu verzeichnen.

Spalte 2 stellt den isolierten Wanderungseffekt dar, der sich aus den Wanderungsannahmen in Verbindung mit dem Erwerbsverhalten ergibt. Bis 2000 kumuliert sich der Effekt auf 50.000 Personen, um die das Potential aufgrund von Wanderungen niedriger liegt. 2010 ist der Wanderungseinfluß sogar positiv, d. h. ohne Wanderungen wäre das Potential um 140.000 niedriger.

In den folgenden Spalten steht, welchen Einfluß die Veränderung der Erwerbsquoten, also das „Verhalten“, auf das Potential hat.

Dies geht aus dem Vergleich der Varianten 3 und 4 mit Variante 2 hervor.

Der Verhaltenseffekt ist demnach bis 2010 um ein Vielfaches stärker als der gemeinsame demographische Einfluß – natürliche und Wanderungskomponente zusammengenommen. Bis 2010 vermindert die Anpassung der Quoten an westdeutsche Verhältnisse das Potential von 844.000 (obere Variante der westdeutschen Projektion) resp. 1.073.000 (untere Variante).

Die Analyse der Altersstruktur kann anhand der folgenden drei Grafiken für die Altersgruppen der unter 30jährigen, der 30- bis 50jährigen und der 50jährigen und älteren erfolgen.

Betrachtet man die drei Abbildungen, dann fallen vor allem die (bis 2010) großen Schwankungen in den absoluten Werten auf. In der Altersgruppe der 15- bis 30jährigen ist bis 2000 ein Rückgang um fast 1 Million Personen zu verzeichnen, woran sich eine leichte Erholung anschließt, die aber schon um etwa 2006 endet.

Die mittlere Altersgruppe gewinnt absolut bis 2000 etwa 400.000 hinzu -je nach Variante etwas mehr oder weniger. Nach 2000 sinkt die Zahl der 30- bis unter 50jährigen ständig, um sich am Ende des Betrachtungszeitraumes fast auf dem Niveau von 1990 wiederzufinden.

Abbildung 3.3.2 a.: Ostdeutsches Erwerbspersonenpotential 1990–2010 nach drei Altersgruppen (in Mio.)

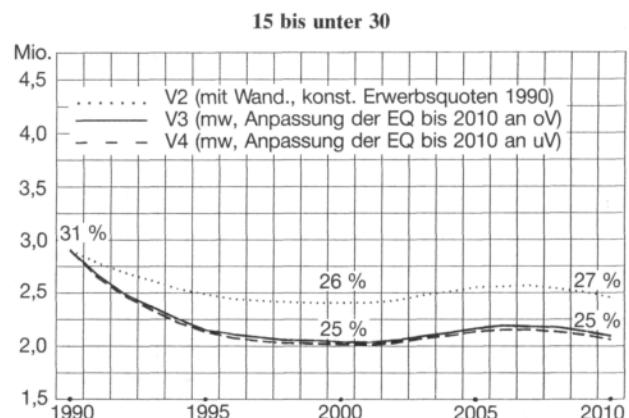


Abbildung 3.3.2 b.: Ostdeutsches Erwerbspersonenpotential 1990–2010 nach drei Altersgruppen (in Mio.)

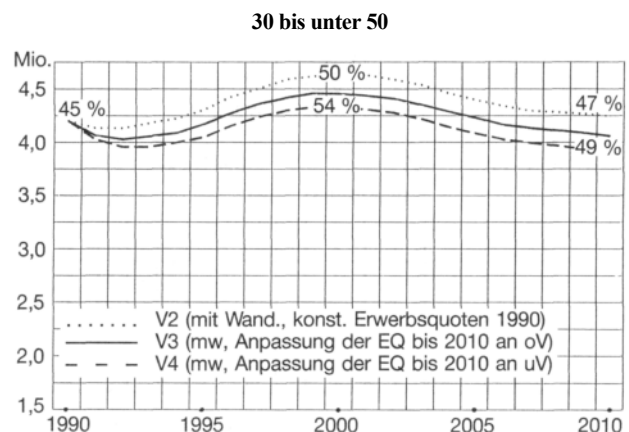
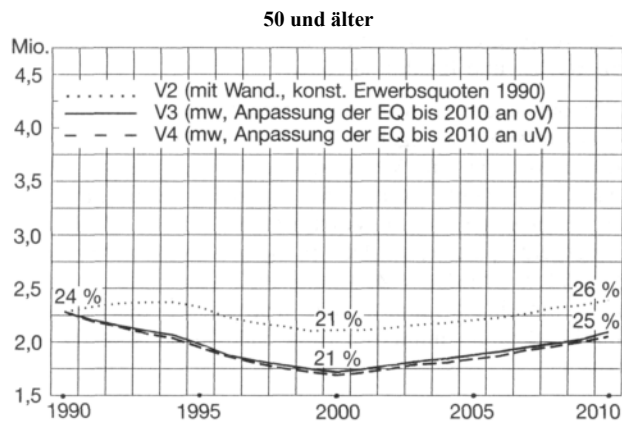


Abbildung 3.3.2 c.: Ostdeutsches Erwerbspersonenpotential 1990-2010 nach drei Altersgruppen (in Mio.)



Mit umgekehrten Vorzeichen gilt das auch für die Älteren. Diese Gruppe geht bis 2000 zahlenmäßig stark zurück, in den Varianten 3 und 4 um etwa eine halbe Million, steigt dann bis 2010 um ca. 300.000 an. Damit wird etwa das Ausgangsniveau von 1990 erreicht.

Entsprechend dieser invers verlaufenden Entwicklungen verschieben sich die Anteile der einzelnen Gruppen am gesamten Potential.

3.4 Verminderung des Potentials durch Vorruhestand und Altersübergangsgeld

3.4.1 Vorbemerkung

Das IAB hat in einer Reihe von Beiträgen deutlich gemacht, daß die Möglichkeit des vorgezogenen Ruhestandes arbeitsmarktentlastend wirkt (vgl. Kühlewind 1986, Kurzbericht vom 29. 4. 91). Bei einer besseren Arbeitsmarktlage würden entweder derartige Regelungen außer Kraft gesetzt oder es würde davon kaum mehr Gebrauch gemacht werden, mit der Folge, daß die nachfolgenden Altersjahrgänge wieder dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stünden. (Außerdem ist nicht ausgeschlossen, daß einige der vorzeitig aus dem Arbeitsmarkt Ausgeschiedenen wieder eine Tätigkeit aufnehmen.) Folglich ist die Entlastung eher auf die kurze und mittlere Frist beschränkt und gilt nicht in längerfristiger Betrachtung.

In den neuen Bundesländern stellt sich die Sachlage ganz anders dar, weil der zu erwartende Umfang der Inanspruchnahme deutlich höher ist (vgl. Kurzbericht vom 29. 4. 91). Deshalb wird versucht, die globalen quantitativen Auswirkungen von Vorruhestand und Altersübergangsgeld auf das Erwerbspersonenpotential der neuen Bundesländer abzuschätzen.

3.4.2 Annahmen

Zum Vorruhestand bzw. zum Altersübergangsgeld liegen im Augenblick nur wenige Daten vor und vieles ist zudem noch im Flusse. Somit sind für die Entlastungsrechnung eine Reihe von Annahmen zu treffen. Diese betreffen (i) den Umfang und (ii) die Strukturen.

Die am 8. 2. 90 in Kraft getretene Vorruhestandsregelung (in der ehemaligen DDR) haben bis zum Auslaufen am 2. 10. 90 ungefähr 400 000 Beschäftigte in Anspruch genommen. Im Jahresdurchschnitt 1990 ist von ca. 185 000 Vorruhestandsempfängern auszugehen.

Geht man von den bewilligten Anträgen auf Vorruhestandsgeld aus, gibt es wohl keine geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Häufigkeit der Inanspruchnahme. Über die Altersverteilung sind (derzeit) keine Informationen erhältlich. Es wird deshalb davon ausgegangen, daß die Inanspruchnahme proportional zur Alters- und Geschlechtsstruktur erfolgte. Die einzig verfügbaren Daten in entsprechend tiefer Gliederung stellen der Datenspeicher „Gesellschaftliches Arbeitsvermögen“ (GAV) (für 1989) und der Arbeitsmarktmonitor zur Verfügung. Weil nur die Strukturen von Bedeutung sind, dürften die des GAV von 1989 hinreichend genau für die Modellrechnung sein, so daß diese verwendet wurden.

Vom 3. 10. 90 an konnten Beschäftigte ab dem 57. Lebensjahr unter bestimmten Voraussetzungen Altersübergangsgeld erhalten. Diese Regelung wurde mittlerweile modifiziert und die Altersgrenze auf das 55. Lebensjahr herabgesetzt. 1990 ist jahresdurchschnittlich von immerhin 15 000 Altersübergangsgeldfällen auszugehen, welche – vereinfachend ebenfalls proportional zur Alters- und Geschlechtsstruktur der Beschäftigten aufgeteilt werden.

Ende 1990 bezogen insgesamt ca. 400 000 Personen Vorruhestands- oder Altersübergangsgeld. Im darauffolgenden Jahr wirken sich diese natürlich voll potentialmindernd aus – nicht nur der Durchschnitt.

Für den Umfang der weiteren Inanspruchnahme wird von der im Kurzbericht vom 29. 4. 91 getroffenen Annahme ausgegangen, d. h. von 50% des Potentials pro Altersjahrgang. Derzeit ist das Altersübergangsgeld noch bis zum 31. 12. 91 befristet, aber angesichts der absehbaren Arbeitsmarktlage dürfte es realistisch sein, in der Modellrechnung die bereits diskutierte Verlängerung um ein Jahr zu unterstellen. In der Modellrechnung wird mit 40% für 1991 und 20% vom verbleibenden Potential für 1992 gerechnet, was zusammen ca. 52% pro Jahrgang ergibt. (Lediglich die 55jährigen aus dem Jahr 1992 gehen nur zu 40% ab.)

Die Empfänger von Vorruhestands- bzw. Altersübergangsgeld werden Jahr für Jahr um die Sterbe- und Invaliditätsfälle¹⁴ vermindert. Außerdem wird die im Gesetz vorgesehene Verpflichtung, das Altersruhegeld frühestmöglich zu beantragen, in der Weise berücksichtigt, daß der gesamte Bestand mit Erreichen der gesetzlichen Ruhestandsgrenze vollständig abgeht. In der Modellrechnung ist dazu die Übernahme des westdeutschen Rentenrechts ab 1992 bereits enthalten.

3.4.3 Entlastungseffekt

Für die Varianten 3 bis 6 wurde berechnet, wie hoch der Entlastungseffekt durch Vorruhestands- und Altersübergangsgeld ist. (Die Tabelle 3.4.1 enthält die entsprechenden Ergebnisse für alle 4 Varianten.)

In welcher Relation die Entlastung zum Potential steht, soll die folgende Grafik (Abb. 3.4.1) verdeutlichen, welche die Entwicklung des Potentials unter Berücksichtigung des Entlastungseffektes durch Vorruhestands- und Altersübergangsgeld für die Varianten 3 und 4 darstellt.

¹⁴ Für die Invaliditätsquoten wurden westdeutsche Verhältnisse angenommen. Die Daten konnten dem IAB-Projekt 1-371 V „Langfristige Arbeitsmarkt-Szenarien für ein Modell der Auswirkungen des Bevölkerungs- und Strukturwandels auf die Alterssicherung“ entnommen werden.

Tabelle 3.4.1: Entlastung des Arbeitsmarktes durch Vorruhestand und Altersübergangsgeld – 1990 bis 2000

	globaler Entlastungseffekt in 1000			
	V3	V4	V5	V6
1990	200	200	200	200
1991	573	572	571	570
1992	427	424	421	420
1993	288	286	284	283
1994	194	193	191	191
1995	103	102	101	100
1996	30	29	29	29
1997	0	0	0	0
1998	0	0	0	0
1999	0	0	0	0
2000	0	0	0	0

Erläuterungen:

Entlastung = Jahresdurchschnittsbestand

Alle Varianten mit Wanderungen

V3: Anpassung bis 2010 an obere westd. Variante

V4: Anpassung bis 2010 an untere westd. Variante

V3: Anpassung bis 2000 an obere westd. Variante

V4: Anpassung bis 2000 an untere westd. Variante

Tendenziell gilt, daß von einem relativ niedrigen Niveau von 200 000 im Jahr 1990 ein starker Anstieg auf weit über 500 000 1991 stattfindet. Dies ist der Beitrag, den die Regelungen für Vorruhestands- und Altersübergangsgeld leisten. 1992 sinkt der globale Entlastungseffekt auf etwa 420 000 ab, was auf die neuen Altersgrenzen für das Altersruhegeld zurückzuführen ist. In den folgenden Jahren nimmt der Bestand an Vorruhestandsempfängern bzw.

Empfängern von Altersübergangsgeld Jahr für Jahr um ungefähr 100 000 ab. Dies liegt hauptsächlich daran, daß der Bestand jedes Jahr um diejenigen vermindert wird, die die Rentengrenze erreichen, aber teilweise natürlich auch an Sterbe- und Invaliditätsfällen.

Obwohl schon die noch nicht beschlossene Verlängerung des Altersübergangsgeldes in die Modellrechnungen eingeflossen ist, was eine Verlängerung des Entlastungseffektes nach sich zieht, endet eine spürbare Entlastung des Arbeitsmarktes durch Vorruhestands- bzw. Altersübergangsgeld spätestens 1996. In dem wahrscheinlich wohl besonders kritischen Zeitraum 1992 oder 1993 entlasten diese arbeitsmarktpolitischen Instrumente den Arbeitsmarkt aber um immerhin rund 300 000 bis 400 000 Personen.

3.4.4 Nachtrag zur aktuellen Situation

Die Regelung für das Altersübergangsgeld (Alüg) wurde nach Fertigstellung dieses Beitrages um ein halbes Jahr bis zum 30. 6. 1992 verlängert. Unter Berücksichtigung von mittlerweile vorliegenden Details der Inanspruchnahme von Vorruhestand/Alüg in den Jahren 1990 und 1991 aktualisierten wir die oben stehenden Berechnungen. (Vgl. dazu auch den Beitrag der Autorengemeinschaft in diesem Heft.)

Bedeutendere Abweichungen zu den früheren Berechnungen ergeben sich in den Jahren 1992 ff. Dies ist teils auf eine höhere Inanspruchnahmequote der 55jährigen, teils auf eine veränderte Einschätzung der Altersverteilung der Zugänge in Vorruhestand/Alüg zurückzuführen.

Abbildung 3.4.1.: Vorausschätzung des ostdeutschen Erwerbspersonenpotentials unter Berücksichtigung des potentialmindernden Effekts von Vorruhestand/Altersübergangsgeld (VR/Alüg)

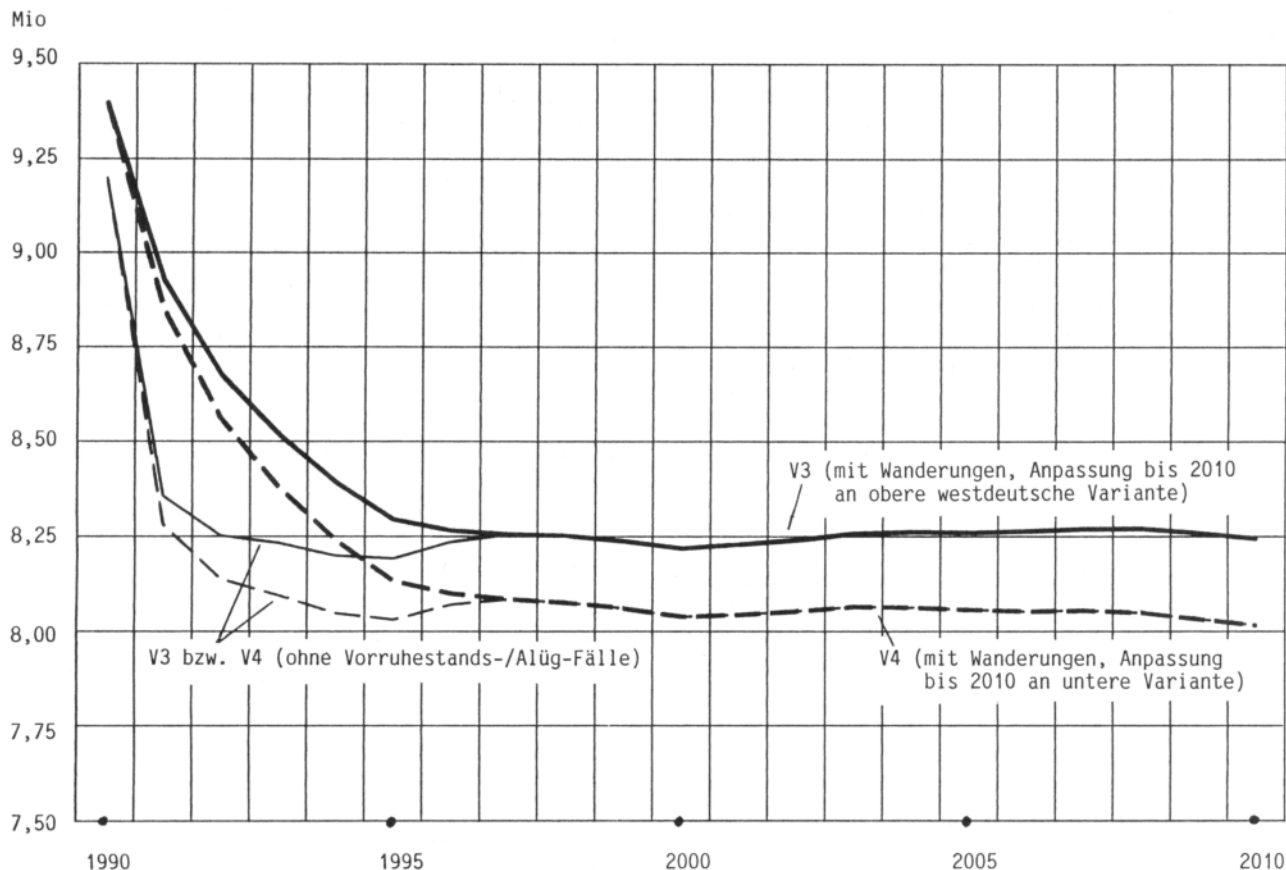


Tabelle 3.4.2: Aktualisierte Schätzung von Vorruhestand und Altersübergangsgeld in den neuen Bundesländern

Jahr	Bezieher von Vorruhestand/Altersübergangsgeld Durchschnittsbestand in 1000
1990	190
1991	560
1992	500
1993	380
1994	280
1995	180
1996	80
1997	0

4 Zusammenfassung

Die vorliegenden Modellvarianten bilden natürlich nur einen Ausschnitt möglicher Entwicklungen ab, aber sie grenzen das vernünftigerweise zu erwartende Spektrum ein.

Dabei ist die Variante, die von konstanten Erwerbsquoten und einem Wanderungssaldo von Null ausgeht (Variante 1), sicherlich die Obergrenze des überhaupt Denkbaren. Höchstwahrscheinlich liegt das künftige ostdeutsche Potential darüber.

Dem Unsicherheitsmoment, das die Wanderungsbewegungen in die Berechnung bringen, könnte – theoretisch – mit vielen weiteren Wanderungsannahmen Rechnung getragen werden. Vergleicht man die einschlägige Literatur¹⁵, so findet man eine Vielzahl von Annahmen zum Wanderungsgeschehen in den neuen Bundesländern. Sie alle spiegeln unterschiedlich subjektive Meinungen wider, weil jegliches Wissen über Wanderungstendenzen, und sei es aus Vergangentrends, für die neuen Bundesländer fehlt. Weitere Modellvarianten würden somit lediglich das Gesamtbild unüberschaubar machen, ohne einen echten zusätzlichen Erkenntniswert zu haben. Zudem war schon aus der Komponentenzerlegung (Tabelle 3.3.1) erkennbar, daß die Wanderungen in Ostdeutschland nicht die größte Bedeutung für das Erwerbspersonenpotential haben. Anstatt viele weitere Wanderungsvarianten in Modellrechnungen umzusetzen, könnte man – überschlüssig – andere Wandervolumina anteilig, mit z. B. einer globalen Erwerbsquote von 50%, für das Potential berücksichtigen.

Die verschiedenen Varianten für die Erwerbsquoten sollten die tatsächlich sich einstellende Entwicklung wohl eingrenzen können. Selbstverständlich sind noch schnellere oder auch langsamere Anpassungsprozesse und Abweichungen von den westdeutschen Vorgaben denkbar. Immerhin gibt es ja auch innerhalb der alten Bundesländer beträchtliche regionale Unterschiede. Doch würde beispielsweise eine beinahe schlagartige Angleichung an das westdeutsche Erwerbsverhalten sehr überraschen. Die zusätzlich berechneten und im Anhang dokumentierten Varianten, die eine schnelle Anpassung der Erwerbsquoten bis 2000 beinhalten, führen dementsprechend auch zu eher wenig plausiblen Verläufen. Ebenso ist nicht recht vorstellbar, daß sich die Anpassung über mehrere Jahrzehnte hinziehen wird. Die Freizügigkeit und die zunehmend engeren wirtschaftlichen Beziehungen stehen dem entgegen.

Wenn man davon ausgeht, daß die Modellrechnungen die wahre Entwicklung richtig eingrenzen, dann bedeutet das

für die Zukunft Ostdeutschlands einen z. T. erheblichen Rückgang des Potentials. Nur in den Varianten 1 und 2, wo unverändert hohe Erwerbsquoten und ein langfristig weitgehend ausgeglichener Wanderungssaldo angenommen werden, verläuft dieser Prozeß moderat. In den übrigen Varianten liegt das Potential im Jahr 2010 um über eine Million unter dem des Basisjahres 1990. Der Ausblick bis 2030 zeigt – ohne Zuwanderungsüberschüsse – eine weitere drastische Verminderung des Potentials auf, jedoch ist diese Tendenz aufgrund der gesamten Modalitäten der Modellrechnung gedanklich eher als Merkposten zu betrachten, denn als Hinweis auf eine wahrscheinliche Entwicklung.

Ebenso sollten strukturelle Änderungen des Erwerbspersonenpotentials vorsichtig interpretiert werden. Der bei globalen Ergebnissen sich (oft) einstellende Fehlerausgleich wirkt hier nicht. Insofern ist auch der in kurz- bis mittelfristiger Sicht potentialmindernde Effekt von Vorruhestand und Altersübergangsgeld lediglich als grobe Richtungsangabe aufzufassen (und wird deshalb nicht weiter nach Alter und Geschlecht differenziert ausgewiesen). Daß dadurch eine starke Wirkung erzielt wird, und daß diese etwa 1997 endet, ist unter den gegebenen, auch heute schon bekannten Umständen fast sicher, die genaue Höhe und strukturelle Details aber nicht.

Literatur

- Autorengemeinschaft (1991): Der Arbeitsmarkt 1991 und 1992 in der Bundesrepublik Deutschland. In: MittAB 4
- Autorengemeinschaft (1990): Zur Arbeitsmarktentwicklung 1990/1991 im vereinten Deutschland. In: MittAB 4
- Brinkmann, Ch. u. a. (1987): Methodische und inhaltliche Aspekte der Stillen Reserve. In: MittAB 4
- DIW (1990): Das Sozio-ökonomische Panel 1990 in der DDR
- Hof, B. (1990): Gesamtdeutsche Perspektiven zur Entwicklung von Bevölkerung und Arbeitskräfteangebot 1990 bis 2010. Köln
- ders. (1991): Strukturbruch und Arbeitsmarktentwicklung in den neuen Bundesländern – Tendenzen 1992. IW-Trends 2
- IAB-Kurzbericht v. 29.4.91 (VII/I-Kw, 1991): Vorgezogenes Altersübergangsgeld kann den Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern spürbar entlasten
- Infratest Sozialforschung; Bielenski, H.; v. Rosenblatt, B. (1991): Arbeitsmarkt-Monitor für die neuen Bundesländer, Umfrage 11/90, Text- und Tabellenband. BeitrAB 148.1
- Klauder, W. (1988): Arbeitskräfte-Potentialrechnung. In: Mertens, D. (Hrsg.), Konzepte der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. BeitrAB 70, I. überarb. Aufl.
- Klauder, W.; Kühlewind, G. (1980): Überblick über das Erwerbspersonenpotentialkonzept des IAB – Bedeutung, Messung, Projektion. In: Mertens, D.; Klauder, W. (Hrsg.), Probleme der Messung und Vorausschätzung des Erwerbspersonenpotentials. BeitrAB 44
- Schulz, E. (1990a): Arbeitsmarktstrukturen in der DDR. DIW-Wochenbericht 37
- dies.; Vortmann, H. (1990b): Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in der DDR. DIW-Wochenbericht 23-24
- dies. (1990c): Angebot an Arbeitskräften in Deutschland auf längere Sicht. DIW-Wochenbericht 49
- Sommer, B. (1991): Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle 1989. In: WiSta 1/91
- Thon, M. (1986): Das Erwerbspersonenpotential in der Bundesrepublik Deutschland. BeitrAB 105
- Wendt, H. (1991): Geburtenentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. BiB-Mitteilungen I

¹⁵ Vgl. z. B. Hof (1991), Schulz (1990b, 1990c).

Anhang

Tabelle A 0: Bevölkerungsvorausschätzung für Ostdeutschland 1990 bis 2030 – in drei Varianten, (M + F) insgesamt, in 1000, Jahresdurchschnitt

	Variante		
	V1 001	V2 002	V3 003
1990	16250,3	16250,3	16250,3
1991	16047,6	16047,7	15984,0
1992	16007,7	16008,3	15841,2
1993	15964,6	15965,9	15745,4
1994	15917,9	15920,0	15680,6
1995	15868,0	15870,6	15637,4
1996	15815,8	15818,3	15609,5
1997	15762,1	15763,7	15581,2
1998	15707,7	15707,4	15556,8
1999	15653,5	15650,3	15535,2
2000	15600,1	15592,8	15511,8
2001	15547,8	15536,3	15487,8
2002	15496,7	15481,7	15464,1
2003	15446,4	15428,8	15442,4
2004	15396,3	15377,0	15422,2
2005	15345,6	15325,7	15402,7
2006	15293,7	15274,3	15383,3
2007	15239,7	15222,4	15363,5
2008	15182,9	15169,3	15342,7
2009	15122,7	15114,6	15320,3
2010	15058,6	15057,7	15295,8
2011	14990,2	14997,3	15252,4
2012	14917,2	14932,5	15189,1
2013	14839,3	14863,0	15120,9
2014	14756,5	14788,6	15047,8
2015	14668,9	14709,1	14969,6
2016	14576,9	14624,3	14886,1
2017	14480,6	14534,4	14797,6
2018	14380,4	14439,3	14704,1
2019	14276,9	14339,5	14605,9
2020	14170,3	14235,3	14503,5
2021	14061,0	14127,5	14397,7
2022	13949,4	14016,8	14289,1
2023	13836,1	13903,7	14178,4
2024	13721,6	13788,9	14066,0
2025	13606,4	13672,8	13952,5
2026	13490,8	13555,9	13838,2
2027	13375,1	13438,5	13723,5
2028	13259,2	13320,8	13608,7
2029	13143,2	13203,0	13493,7
2030	13026,7	13085,2	13378,7

Erläuterung: ow/mw = ohne/mit Wanderung
V1: ow, konstante Sterblichkeit/Fruchtbarkeit
V2: ow, variable Sterblichkeit/Fruchtbarkeit
V3: mw, variable Sterblichkeit/Fruchtbarkeit

Tabelle A 1: Annahmen für die Potentialerwerbsquoten in den neuen Bundesländern nach Alter, Geschlecht, Familienstand – ausgewählte Jahre

Männer								nichtverheiratete Frauen						
Altersgruppen	1990 001	1995 002	2000 003	2005 004	2010 005	2020 006	2030 007	1990 001	1995 002	2000 003	2005 004	2010 005	2020 006	2030 007
15 bis unter 20	0,602	0,428	0,412	0,399	0,387	0,387	0,387	0,610	0,413	0,382	0,369	0,356	0,356	0,356
20 bis unter 25	0,925	0,809	0,809	0,809	0,809	0,809	0,809	0,840	0,819	0,815	0,815	0,815	0,815	0,815
25 bis unter 30	0,980	0,908	0,908	0,908	0,908	0,908	0,908	0,990	0,907	0,894	0,902	0,911	0,911	0,911
30 bis unter 35	0,990	0,982	0,982	0,982	0,982	0,982	0,982	0,980	0,943	0,937	0,955	0,955	0,955	0,955
35 bis unter 40	0,990	0,988	0,988	0,988	0,988	0,988	0,988	0,940	0,964	0,968	0,993	0,993	0,993	0,993
40 bis unter 45	0,976	0,984	0,984	0,984	0,984	0,984	0,984	1,000	0,952	0,945	0,969	0,974	0,974	0,974
45 bis unter 50	0,982	0,969	0,969	0,969	0,969	0,969	0,969	0,950	0,906	0,899	0,922	0,946	0,946	0,946
50 bis unter 55	0,967	0,939	0,939	0,939	0,939	0,939	0,939	0,930	0,847	0,834	0,859	0,884	0,884	0,884
55 bis unter 60	0,864	0,806	0,806	0,836	0,867	0,867	0,867	0,670	0,634	0,628	0,650	0,674	0,674	0,674
60 bis unter 65	0,700	0,491	0,491	0,596	0,702	0,702	0,702	0,350	0,258	0,244	0,254	0,265	0,265	0,265
65 bis unter 70	0,139	0,058	0,051	0,047	0,043	0,043	0,043	0,120	0,034	0,021	0,019	0,017	0,017	0,017
70 bis unter 75	0,080	0,036	0,032	0,029	0,027	0,027	0,027	0,050	0,015	0,010	0,009	0,008	0,008	0,008

verheiratete Frauen

(langsame) Anpassung bis 2010 an obere westd. Variante

(langsame) Anpassung bis 2010 an untere westd. Variante

Altersgruppen	1990 001	1995 002	2000 003	2005 004	2010 005	2020 006	2030 007	1990 001	1995 002	2000 003	2005 004	2010 005	2020 006	2030 007
15 bis unter 20	0,410	0,552	0,572	0,592	0,616	0,616	0,616	0,410	0,553	0,574	0,595	0,616	0,616	0,616
20 bis unter 25	0,900	0,818	0,808	0,798	0,781	0,781	0,781	0,900	0,817	0,805	0,793	0,781	0,781	0,781
25 bis unter 30	0,960	0,914	0,909	0,904	0,894	0,894	0,894	0,960	0,849	0,833	0,816	0,800	0,800	0,800
30 bis unter 35	0,930	0,850	0,840	0,830	0,815	0,815	0,815	0,930	0,791	0,770	0,750	0,729	0,729	0,729
35 bis unter 40	0,980	0,893	0,878	0,863	0,855	0,855	0,855	0,980	0,831	0,810	0,788	0,766	0,766	0,766
40 bis unter 45	0,950	0,922	0,917	0,912	0,909	0,909	0,909	0,950	0,847	0,832	0,817	0,802	0,802	0,802
45 bis unter 50	0,960	0,886	0,876	0,866	0,853	0,853	0,853	0,960	0,839	0,821	0,803	0,785	0,785	0,785
50 bis unter 55	0,880	0,760	0,740	0,720	0,707	0,707	0,707	0,880	0,722	0,699	0,675	0,652	0,652	0,652
55 bis unter 60	0,720	0,567	0,547	0,527	0,500	0,500	0,500	0,720	0,541	0,515	0,488	0,462	0,462	0,462
60 bis unter 65	0,200	0,173	0,168	0,163	0,160	0,160	0,160	0,200	0,172	0,168	0,164	0,160	0,160	0,160
65 bis unter 70	0,020	0,020	0,020	0,020	0,021	0,021	0,021	0,020	0,021	0,021	0,021	0,021	0,021	0,021
70 bis unter 75	0,010	0,010	0,010	0,010	0,010	0,010	0,010	0,010	0,010	0,010	0,010	0,010	0,010	0,010

verheiratete Frauen

(schnelle) Anpassung an obere westd. Variante

(schnelle) Anpassung an untere westd. Variante

Altersgruppen	1990 001	1995 002	2000 003	2005 004	2010 005	2020 006	2030 007	1990 001	1995 002	2000 003	2005 004	2010 005	2020 006	2030 007
15 bis unter 20	0,410	0,588	0,616	0,616	0,616	0,616	0,616	0,410	0,589	0,616	0,616	0,616	0,616	0,616
20 bis unter 25	0,900	0,797	0,781	0,781	0,781	0,781	0,781	0,900	0,797	0,781	0,781	0,781	0,781	0,781
25 bis unter 30	0,960	0,794	0,768	0,831	0,894	0,894	0,894	0,960	0,756	0,725	0,763	0,800	0,800	0,800
30 bis unter 35	0,930	0,732	0,701	0,758	0,815	0,815	0,815	0,930	0,697	0,662	0,695	0,729	0,729	0,729
35 bis unter 40	0,980	0,770	0,737	0,796	0,855	0,855	0,855	0,980	0,733	0,696	0,731	0,766	0,766	0,766
40 bis unter 45	0,950	0,783	0,757	0,830	0,909	0,909	0,909	0,950	0,746	0,715	0,758	0,802	0,802	0,802
45 bis unter 50	0,960	0,751	0,719	0,783	0,853	0,853	0,853	0,960	0,731	0,696	0,740	0,785	0,785	0,785
50 bis unter 55	0,880	0,645	0,608	0,656	0,707	0,707	0,707	0,880	0,626	0,587	0,620	0,652	0,652	0,652
55 bis unter 60	0,720	0,475	0,437	0,467	0,500	0,500	0,500	0,720	0,460	0,421	0,442	0,462	0,462	0,462
60 bis unter 65	0,200	0,132	0,121	0,141	0,160	0,160	0,160	0,200	0,131	0,121	0,141	0,160	0,160	0,160
65 bis unter 70	0,020	0,023	0,024	0,022	0,021	0,021	0,021	0,020	0,023	0,024	0,022	0,021	0,021	0,021
70 bis unter 75	0,010	0,011	0,012	0,011	0,010	0,010	0,010	0,010	0,012	0,012	0,011	0,010	0,010	0,010

Tabelle A 2: Entwicklung des globalen Erwerbspersonenpotentials in den neuen Bundesländern von 1990 bis 2030 nach verschiedenen Varianten, in 1000

	Variante					
	V1	V2	V3	V4	V5	V6
	001	002	003	004	005	006
1990	9400	9400	9400	9400	9400	9400
1991	9286	9247	8931	8853	8813	8778
1992	9286	9183	8679	8562	8460	8402
1993	9286	9150	8521	8381	8233	8161
1994	9271	9123	8393	8241	8058	7975
1995	9250	9108	8295	8133	7919	7832
1996	9235	9106	8266	8100	7881	7791
1997	9228	9117	8256	8085	7858	7766
1998	9230	9136	8252	8076	7843	7748
1999	9211	9142	8238	8061	7821	7724
2000	9194	9143	8219	8039	7789	7694
2001	9174	9142	8229	8044	7843	7736
2002	9168	9153	8241	8053	7896	7777
2003	9162	9164	8258	8065	7955	7826
2004	9135	9156	8262	8063	8001	7858
2005	9106	9146	8261	8057	8043	7885
2006	9083	9137	8264	8053	8087	7915
2007	9064	9140	8270	8055	8136	7953
2008	9036	9132	8271	8049	8178	7980
2009	8997	9114	8259	8032	8212	7997
2010	8948	9089	8245	8016	8245	8016
2011	8903	9053	8219	7993	8219	7993
2012	8845	8998	8183	7957	8183	7957
2013	8779	8935	8130	7906	8130	7906
2014	8697	8856	8060	7838	8060	7838
2015	8603	8766	7979	7759	7979	7759
2016	8503	8670	7888	7671	7888	7671
2017	8400	8573	7796	7582	7796	7582
2018	8301	8476	7702	7489	7702	7489
2019	8190	8371	7608	7398	7608	7398
2020	8079	8271	7507	7300	7507	7300
2021	7973	8161	7410	7205	7410	7205
2022	7865	8063	7312	7110	7312	7110
2023	7759	7960	7221	7022	7221	7022
2024	7655	7859	7125	6926	7125	6926
2025	7547	7756	7026	6833	7026	6833
2026	7439	7647	6927	6737	6927	6737
2027	7331	7546	6831	6643	6831	6643
2028	7231	7442	6734	6549	6734	6549
2029	7129	7342	6638	6456	6638	6456
2030	7025	7244	6547	6368	6547	6368

V1: ohne Wanderungen, konstante Erwerbsquoten 1990
V2: mit Wanderungen, konstante Erwerbsquoten 1990
V3: mit Wandg., Anpassung bis 2010 an obere westd. Variante
V4: mit Wandg., Anpassung bis 2010 an untere westd. Variante
V5: (schnelle) Anpassung bis 2000 an obere westd. Variante
V6: (schnelle) Anpassung bis 2000 an untere westd. Variante

Anmerkung: Jahreswerte sind als Tendenzaussagen zu verstehen, die nicht alle Sondereinflüsse etc. wiedergeben, wie sie z. B. in der Kurzfristprognose berücksichtigt werden.

Tabelle A 3: Ostdeutsches Erwerbspersonenpotential 1990–2010 nach drei Altersgruppen (in 1000)

15 b. u. 30

	Variante				
	V2	V3	V4	V5	V6
	001	002	003	004	005
1990	2905	2905	2905	2905	2905
1991	2783	2670	2647	2644	2642
1992	2691	2491	2474	2462	2453
1993	2617	2369	2338	2322	2310
1994	2536	2249	2217	2200	2185
1995	2486	2148	2131	2099	2091
1996	2440	2108	2074	2057	2033
1997	2425	2081	2046	2020	2004
1998	2412	2055	2027	2008	1983
1999	2404	2051	2023	1994	1977
2000	2405	2038	2018	1986	1970
2001	2404	2033	2011	2000	1973
2002	2426	2052	2029	2006	1999
2003	2474	2089	2065	2052	2035
2004	2509	2123	2096	2096	2075
2005	2552	2164	2135	2139	2113
2006	2558	2190	2150	2159	2137
2007	2568	2183	2151	2164	2131
2008	2539	2175	2133	2159	2131
2009	2506	2139	2104	2135	2103
2010	2454	2094	2060	2094	2060
2011	2390	2047	2006	2047	2006
2012	2330	1997	1965	1997	1965
2013	2261	1935	1897	1935	1897
2014	2187	1878	1850	1878	1850
2015	2113	1811	1777	1811	1777
2016	2055	1751	1718	1751	1718
2017	1980	1692	1660	1692	1660
2018	1916	1625	1595	1625	1595
2019	1850	1575	1546	1575	1546
2020	1803	1524	1497	1524	1497
2021	1771	1497	1470	1497	1470
2022	1742	1462	1443	1462	1443
2023	1719	1444	1418	1444	1418
2024	1698	1425	1399	1425	1399
2025	1683	1412	1387	1412	1387
2026	1667	1399	1381	1399	1381
2027	1668	1400	1375	1400	1375
2028	1652	1394	1375	1394	1375
2029	1645	1387	1362	1387	1362
2030	1644	1388	1363	1388	1363

Erläuterung: vgl. A 2

noch Tab. A 3: Ostdeutsches Erwerbspersonenpotential
1990-2010 nach drei Altersgruppen (in 1000)

30 b. u. 50

	Variante				
	V2	V3	V4	V5	V6
	001	002	003	004	005
1990	4202	4202	4202	4202	4202
1991	4133	4064	4028	3992	3968
1992	4132	4027	3956	3909	3865
1993	4182	4056	3956	3886	3844
1994	4224	4087	3997	3900	3836
1995	4308	4172	4050	3944	3877
1996	4426	4274	4155	4035	3966
1997	4504	4359	4237	4102	4046
1998	4586	4415	4296	4157	4083
1999	4617	4457	4329	4184	4109
2000	4626	4455	4325	4183	4116
2001	4626	4435	4304	4188	4108
2002	4586	4409	4276	4185	4098
2003	4536	4352	4218	4160	4070
2004	4459	4288	4144	4121	4023
2005	4399	4230	4085	4094	3982
2006	4340	4165	4027	4060	3942
2007	4296	4135	3995	4052	3929
2008	4283	4111	3968	4056	3926
2009	4265	4088	3936	4057	3919
2010	4245	4057	3912	4057	3912
2011	4201	4019	3869	4019	3869
2012	4157	3977	3835	3977	3835
2013	4110	3927	3787	3927	3787
2014	4065	3869	3731	3869	3731
2015	4015	3830	3693	3830	3693
2016	3971	3786	3659	3786	3659
2017	3944	3765	3624	3765	3624
2018	3924	3743	3610	3743	3610
2019	3893	3728	3581	3728	3581
2020	3854	3686	3548	3686	3548
2021	3811	3646	3516	3646	3516
2022	3782	3619	3484	3619	3484
2023	3765	3611	3476	3611	3476
2024	3764	3598	3463	3598	3463
2025	3738	3590	3444	3590	3444
2026	3709	3554	3409	3554	3409
2027	3660	3504	3368	3504	3368
2028	3587	3434	3301	3434	3301
2029	3502	3352	3228	3352	3228
2030	3412	3274	3146	3274	3146

Erläuterung: vgl. A 2

noch Tab. A 3: Ostdeutsches Erwerbspersonenpotential
1990-2010 nach drei Altersgruppen (in 1000)

50 u. ä.

	Variante				
	V2	V3	V4	V5	V6
	001	002	003	004	005
1990	2284	2284	2284	2284	2284
1991	2330	2206	2196	2177	2168
1992	2360	2152	2141	2090	2092
1993	2370	2105	2078	2025	2016
1994	2372	2065	2036	1966	1954
1995	2323	1974	1944	1877	1872
1996	2231	1876	1863	1781	1792
1997	2179	1825	1803	1729	1709
1998	2147	1782	1752	1678	1666
1999	2103	1746	1717	1642	1637
2000	2112	1718	1688	1628	1616
2001	2112	1745	1713	1663	1648
2002	2133	1780	1748	1698	1680
2003	2163	1817	1790	1742	1730
2004	2179	1842	1806	1776	1760
2005	2204	1875	1837	1818	1790
2006	2229	1909	1868	1868	1844
2007	2267	1952	1925	1912	1893
2008	2320	1985	1956	1963	1939
2009	2342	2023	2000	2020	1991
2010	2390	2094	2052	2094	2052
2011	2453	2153	2110	2153	2110
2012	2519	2209	2164	2209	2164
2013	2564	2260	2222	2260	2222
2014	2604	2313	2257	2313	2257
2015	2630	2330	2297	2330	2297
2016	2644	2335	2294	2335	2294
2017	2658	2339	2290	2339	2290
2018	2645	2318	2277	2318	2277
2019	2620	2313	2264	2313	2264
2020	2614	2282	2234	2282	2234
2021	2571	2260	2226	2260	2226
2022	2540	2223	2183	2223	2183
2023	2468	2166	2128	2166	2128
2024	2413	2102	2064	2102	2064
2025	2335	2031	2002	2031	2002
2026	2271	1967	1940	1967	1940
2027	2226	1933	1900	1933	1900
2028	2203	1919	1880	1919	1880
2029	2188	1892	1859	1892	1859
2030	2188	1886	1859	1886	1859

Erläuterung: vgl. A 2